

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg., für wöchentliche und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

Der Unvergeßliche!

Vor drei Jahren, am Frühmorgen des 7. August, ging Wilhelm Liebknecht aus den Reihen der Lebendigen, aus den Reihen seiner Socialdemokratie.
Es muß nicht dieser Todestag wiederkehren, daß wir dieses Mannes gedenken. Er ist alle Tage unter uns; unsere Partei, die Arbeiterschaft von Berlin, von ganz Deutschland hat noch keine Stunde, noch in keinem Kampfe des Soldaten der Revolution vergessen, der fünf Jahrzehnte hindurch der Socialdemokratie das Banner trug. Kein Kampf, ohne daß der Gedanke uns damit: Wie würde er ihn kämpfen? Kein Sieg ohne die Empfindung: Könnte er ihn mit uns feiern!
Es war kein banges Trauern, kein Jammern menschlicher Gebrechlichkeit um Wilhelm Liebknechts willen. Denn er hatte ein ganzes, großes, gewaltiges Leben gelebt. Er hatte das hohe Glücksgefühl in sich getragen, das nur der tapfere Kriegsheld kennt, der in machtvoller Entfaltung all seiner Geisteskräfte den Krieg führt für die höchsten Ideale der Menschheit. Ihm fehlte das Gefühl der Opfer, der Entbehrungen und Verfolgungen, denn er trug sie für eine große Sache, die er aus winzigen Anfängen zu herrlicher Größe führte. So lebte er, so kämpfte er, so blies er uns!
Wilhelm Liebknecht ist uns nicht vergangen. Er ist unter uns; er war so stark, daß er fortwird in Hunderttausenden als wäre er noch ein Lebender. Sein Denken beherrscht die Gedanken seiner zahllosen Schüler. Seine stürmende Kraft lebt in der Millionenpartei, die er in Bewegung setzte. Sein jündendes Wort tönt wieder in der ganzen Arbeiterklasse, die ihm begeistert gelauscht.
Wilhelm Liebknecht kann uns nicht entschwinden. Er bleibt lebendig in der großen Bewegung, die sein Werk ist, der er den Stempel seiner heroischen Seele aufgedrückt.
Sein stolzer Sinn führte uns, als wir in die große Wahlschlacht zogen, die er noch vorbereiten half und in der wir überwältigend siegen, weil wir ihm folgten. Er wird weiter an unsrer Spitze schreiten und der Geist, den er seiner Partei gegeben, wird nicht dulden, daß sie je anders kämpft als er gekämpft.
Wilhelm Liebknecht, Du Unvergeßlicher! Du lebst im großen Sehnen des Volkes nach Freiheit und Würde!

Wer ist unfähig?

Es wird uns geschrieben:
Die dreisten und hochmütigen Worte des Dr. Giesebrecht über die Arbeiterschaft und die agitatorisch aufgeregte Menge, die zur Staats- und Selbstregierung ebenso unfähig sei wie zum Lebenserwerb, sind nicht nur die Meinung eines einzelnen, sondern sie entsprechen den Anschauungen, die in manchen Kreisen von „Besitz und Bildung“, wenn man hübsch „unter sich“ ist, gern und oft noch brutaler zum Ausdruck gelangen. Da mag man sich doch einmal ansehen, wie unendlich fähig die jetzigen Herrschenden zur Staats- und Selbstverwaltung und zum Lebenserwerb sind!
Die „Größe“ der deutschen Regierungskunst konnte man in den letzten fünf Jahren ja hinreichend bewundern. Als die letzte Plattenvorlage, mit der dem deutschen Volk eine Milliardenlast aufgebürdet wurde, im Reichstag beraten wurde, meinte der deutsche Herr Schatzsekretär — er hieß eigentlich besser Schuldensekretär — daß die Vorlage ohne neue Steuern durchgeführt werden könne, denn das Deutsche Reich habe so brillante Einnahmen, daß es beinahe nicht wisse, wohin mit dem vielen Geld. Die Vertreter der Arbeiterschaft wiesen aber nachdrücklich darauf hin, daß die fetten Jahre vorbei und alle Anzeichen einer drohenden Krise vorhanden seien. Und wem gab die Zukunft Recht? Dem Minister oder den Socialdemokraten? Doch den letzteren. Damit ist bewiesen, daß die Arbeiterschaft und die agitatorisch aufgeregte Menge“ bessere Finanzminister stellen könnte, als „die von Bildung und Besitz“.
An der Spitze der deutschen auswärtigen Politik thront Graf Sklow, hervorgegangen aus altem Adel. Er konnte die Künste der Diplomatie in verschiedenen Hauptstädten Europas studieren. Ach und was hat Bernhard v. Bilow dabei gelernt? Ins China-Abenteuer ließ er den Reichswagen mit Pauken und Trompeten, Quirlenden und Vorschuhlorbeeren hineinfahren, nicht ahnend, daß die Geschichte ausgehen mußte wie das Hornberger Schießen. Herr v. Waldersee's Weltmarschallschaft hat er auch nicht verhindert, obwohl auch hier die Blamage nicht ausbleiben konnte. Sowohl den ständigen Verkauf des Abahilfeldzuges wie auch die Unmöglichkeit der Rolle, die man dem Grafen Waldersee zugedacht hatte, haben die Socialdemokraten prompt voraussage sagt. Wäre im Sommer 1900 der Leiter der deutschen auswärtigen Politik ein Socialdemokrat gewesen, so hätte Deutschland sich nicht vor aller Welt lächerlich gemacht und Millionen an Geld sowie viele Menschenleben geopfert. Und wie war es mit dem Unternehmen gegen Venezuela? Von vornherein riet die Socialdemokratie zu einer friedlichen Beilegung der Angelegenheit. Der verantwortliche Leiter deutschen auswärtigen Politik ließ aber draußlosknallen und die Marine zweifelhafte „Vorbeeren“ einbringen, die noch dazu völlerrechtlich sehr ansehbar waren. Und die Besche auch dieses Abenteuers muß das deutsche Volk bezahlen. Zuletzt aber blieb doch nichts anderes übrig als das, was die Socialdemokratie sofort verlangt hatte, nämlich der Austrag des Streites vor einem Schiedsgericht. Somit wäre es auch hier ganz gut gewesen, wenn ein Erwohler derer, die angeblich den Staat nicht regieren können, das Steuerrohr der deutschen auswärtigen Politik in den Händen gehabt hätte.

Sind ferner die Socialdemokraten in Militärangelegenheiten den Junkirsoldaten nicht auch überlegen? Wer charakterisierte denn die Kaisermandate zu erst als militärische Theateraufführungen? Wer bekämpfte zuerst die bunten Uniformen, die blinkenden Metallbeschläge, den sinnlosen Drill. Dies thaten nicht die Berufs-offiziere, sondern die „Umstürzler“.
Weiter wird geredet, daß das Proletariat sich nicht selbst regieren könne. Diese Unfähigkeit müßte sich doch zweifellos an der Socialdemokratie zeigen. Alle Parteien aber blicken mit Reid auf die festgefügte Organisation der Socialdemokratie, auf ihre Disziplin, auf ihre Erfolge! Am löstlichsten aber ist, daß die Giesebrechts so thun, als ob sie glauben, die Arbeiterschaft müsse verhungern, wenn ihr der „Intellekt, die Thätigkeit und das Emporstreben der höheren Kreise“ fehle. Sonst heißt es immer, ein Arbeiter könne es mit Fleiß, Eifer und Sparsamkeit zu Ansehen und Wohlstand bringen und sogar Kommerzienrat werden; braucht man aber „Gründe“ für die Erdrosselung des Reichstags-Wahlrechts, so hat der Arbeiter pflichtlich kein Hirn mehr, sondern nur mehr Hände zum Schöpfen und Schanzen. Ueber den Blödsinn weitere Worte zu verlieren, hieße ihm zu viel Ehre anthun. Wir wollen vielmehr noch die Frage aufwerfen, wie es denn mit dem Lebenserwerb der „höheren Kreise“ steht. Man nehme einmal den Junkern die Viebesgaben, mit denen sie sich auf Kosten des Volkes erhalten und bereichern, man entziehe ihnen die Protektion, deren sie sich bei der Befegung der staatlichen Stellen erfreuen, man nehme ihnen das Recht zur schmählichsten Ausbeutung ihrer Arbeiter und wir werden einen fürchtbaren Krach unter den Edeln und Besten erleben. Uebliche Stiefelweiser und Straßentherer wird man dugendweise haben können, aber man wird sie nicht brauchen können, dieweilen sie nicht einmal zum Stiefelweischen und Straßentheren taugen. Man nehme weiter den Dividendenkludern und Compagnonkneibern ihre Papiere, und es wird Heulen und Zähneklappern unter ihnen herrschen. Manche von ihnen wird auf die Drehorgel oder den direkten Bettel angewiesen sein.
Uebrigens scheint der bayerische Gesellschaftsleiter gar nichts davon zu wissen, daß es auch Krisen und Arbeitslosigkeit giebt. Wüßte er davon, so könnte er doch nicht mit so großer Verwunderung von den „höheren Kreisen“ als Vorkämpfer des Proletariats dahereden. Diese „höheren Kreise“ sind nicht im stunde, ein auch nur halbwegs richtiges Verhältnis zwischen Produktion und Konsum herzustellen. Das Proletariat aber wird beide in Einklang bringen, es wird auch hier leisten, was „die von Bildung und Besitz“ nimmermehr können. All dem Elend, dem Jammer, dem Schwindel, dem Unrecht, das eine unausbleibliche Folge des Kapitalismus ist, stehen die „höheren Kreise“ machtlos gegenüber, auch wenn sie ernstlich helfen wollten. Und so werfen wir nochmals die Frage auf: „Wer ist unfähig?“ Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein.

Politische Uebersicht.
Berlin, den 6. August.
Die Selbstkosten der tadellosen Führung.
Anstatt der sehnlichst erwünschten Gehaltssteigerung wurde den Postunterbeamten im Dezember v. J. die von niemand gewünschte Auszeichnung der goldenen Schulterplattschnüre „für 15jährige tadellose Führung“ als Belohnungsübertragung bescheert. Es ist an dieser seltsamen Auszeichnung ausreichend Kritik geübt worden; niemand ist aber auf den Gedanken gekommen, daß die Unterbeamten von dieser neuen Würde nicht nur die Würde, sondern sogar auch noch die Kosten haben würden. Das nachstehende Schriftstück klärt in erfreulicher Weise darüber auf:
Reichspostamt IV 19 171. Berlin W 66, d. 27. 4. 03.
Die goldenen Schulter-Plattschnüre bilden für Unterbeamte mit einer tadellosen 15jährigen Gesamtdienstzeit einen Teil der von Sr. Majestät dem Kaiser genehmigten Uniform. Die Diensttröde und Litewen der zum Tragen der Schulter-Plattschnüre berechtigten U.-B. sind nach der Verfügung vom 10. Januar IV 41 242 durch Vermittelung der Bezirks-Kleiderklasse mit Abzeichen zu liefern. Hieraus folgt, daß diese U.-B. die Diensttröde und Litewen mit den Schulterabzeichen und die Mehrkosten für die Abzeichen zu tragen haben.

In die Kaiserliche Ober-Postdirektion. J. A. des Staatssekretärs: gez. Spilling.
Zur weiteren Klärung mögen noch einige Bemerkungen dienen. Erbaut waren die wenigsten Ausgezeichneten von dem goldenen Segen, den sie in anderer Form erhofft hatten. Daß sie die goldene Schnur selber bezahlen mußten, war den Beamten bald klar geworden; das Reich begnügte sich mit der Verleihung der Ehre, laufen aber mußten sich die Ausgezeichneten die Auszeichnung selber. Viele Unterbeamte, die ja mit jedem Pfennig rechnen mußten, ließen sich nun an einem Paar Schulterplattschnüre genügen, manche begnügten sich mit dem verbleibenden Reichte, behielten aber ihr Geld und ließen die Schnüre im Schaufenster der Uniformhändler. Unterdessen bekam der Lieferant der Kleiderklassen in Berlin, Eduard Sachs, vom Reichs-Postamt den Auftrag, die Auszeichnungen den Berechtigten bei allen Reulieferungen auf deren Kosten zu liefern. Einige mutige Unterbeamte beschwerten sich darüber und die Antwort ist die abgedruckte Verfügung des Reichs-Postamtes. Die Beamten sind infolgedessen zum Tragen der Auszeichnung nicht nur berechtigt, sondern sogar gezwungen, selbst gegen ihren Willen, und sie sind ferner gezwungen, sie auf jedem Diensttröde, deren sie stets mehrere haben müssen, zu führen und für jeden extra zu bezahlen. Die Garnitur Schulterplattschnüre kostet 1,15 Mk., für einen schlecht bezahlten Unterbeamten ein fühlbarer Lohnabzug.

Wir empfehlen die Anwendung dieses Verfahrens auch bei Ordensverleihungen; der Staat erspare dabei eine nicht unbeträchtliche Geldsumme und die Kommerzienräte hätten die Freiheit, sich ihre Ordensauszeichnungen je nach Vermögen reichlicher ausstatten zu lassen.

Die Herren preussischen Minister überschweben jetzt das Ueberschwemmungsgebiet. Nach den Herren v. Hammerstein und Studt will nächster Tage auch Herr v. Pöbllersich den Schaden der schlesischen Bevölkerung betrachten. Es wäre besser gewesen, die Herren Minister hätten dem Schaden vorgebeugt, anstatt ihn nachträglich zu inspizieren.

Auch im Gebiet der unteren Oder ist die Schädigung durch die Ueberschwemmungen außerordentlich. Die „Schwedter Zig.“ bringt folgende Schilderung der dortigen Zustände:
„Wiederum sitzen wir bis an den Hals im Wasser, das ganze untere Oderthal von Schwedt bis Steinitz in einer Länge von etwa 7 Meilen und Breite von etwa 1/2 Meile ist in einen unendlichen See verwandelt. Nur einige hochstämmige Weiden und die Wasserbügel der Dörfer, welche sich über dem großen Wasser vielleicht in dem Glauben tummeln, daß die Dörfer jetzt bis Schwedt sich ausdehnen, sind noch sichtbar. Von unseren Wiesen keine Spur, da ja das Wasser diesmal etwa 6—7 Fuß den normalen Stand überschritten hat, bei welchem die Erträge derselben gewonnen werden können. Das Traurigste bei dieser Sachlage ist der Umstand, daß nach der ersten Hochflut — Anfang Mai d. J., wo wir bereits einmal etwa 4—5 Fuß über Normal hatten — die Vegetation unserer Wiesen erst wenig entwickelt und noch sehr dürrig war, so daß bis zu der jetzigen zweiten Schwemmung nur sehr wenig unteeres Futter trotz aller Mühe und Gewaltarbeit hat geborgen werden können. Da bei den großen Verunreinigungen des Oberbettes unterhalb Schwedt und dem Mangel an Vorflut erfahrungsgemäß etwa 4—6 Wochen vergehen, bis das Wasser langsam abgelaufen, bezw. verdunstet ist, so haben wir — selbst wenn nicht etwa noch eine dritte und vierte Flutwelle von oben herunterkommt — in diesem Jahre keine Aussicht mehr, überhaupt noch einen Ertrag von unseren Wiesen zu erhalten. Es fällt dieser Ausfall um so mehr in die Waagschale, als auch das Jahr 1902 ein Notjahr war, in dem wir infolge hohen Wasserstandes und vielen Regens während der Erntezeit nur recht wenig Futter (mehr Stroh) haben ernten können, und wodurch wir uns auf den niedrigsten Etat gebrachten Vieh zumeist mit gelaufem teuren Kraftfutter bis jetzt haben erhalten müssen. Da auch die niedrig gelegenen Ackerländer durch die zweite Hochflut ebenfalls überschwennt sind, so steht auch Getreide, Kartoffeln und viel von dem in hiesiger Gegend kultivierten Tabak im Wasser, wodurch unsere Verluste so erheblich gesteigert werden, daß dieses Notjahr zu den schwersten zählt, welche wir jemals erlebt haben, und daß sich der Schaden gewiß wiederum auf Millionen bemessen wird. Wohl hatten wir erwartet, daß die hohe Staatsregierung, der unsere traurigen Wasserhältnisse zur Genüge bekannt sein sollten, sich ebenso wie der Staatsbürger des oberen Flußlaufes auch unser annehmen würde, wohl hatten wir geglaubt, daß man sich die Frage vorlegen würde: wo bleibt das viele Wasser, welches schon in Schlesien und an der Warthe bei seinem verhältnismäßig kurzen Durchzuge so viel Schwierigkeiten und Schäden verursacht hat, wohl hatten wir gehofft, daß die Staatsregierung nach dem Elend und den ununterbrochenen Wasserrüden der letzten 20 Jahre und nach den vielen Verhandlungen und Petitionen, die an alle Instanzen abgegangen sind, welche überhaupt in Frage kommen können, auch von unserer Notlage Notiz nehmen würde. — Bis her leider vergebens. Unsere Erwartungen und unsere Hoffnungen sind ebenso wie früher auch jetzt wieder festschlagen, denn bis jetzt hat man wohl die Notstände in Schlesien, Westpreußen und Polen festzustellen gesucht, aber an uns anscheinend nicht gedacht, wenigstens ist von der Fürsorge bis jetzt öffentlich nichts in die Erscheinung getreten.“

Die „Post“ leistet auch heute ihr tägliches Quantum zur Giesebrecherei. Sie entdeckt ein Hauptziel der Socialdemokratie: „Die Socialisierung des Heeres durch die planmäßige Erziehung der Heerespflichtigen zur Indiscipline!“ Weil es zur Befreiung des allgemeinen gleichen Wahlrechts schließlich auch durch Staatsstreich (!) zu spät sein könnte, so fordert die „Post“ die möglichst umgehende Verwirklichung dieser edlen Aufgabe. Regen wir das Geschmiere zum Abregen!

Die nationalsoziale „Zeit“ macht diese recht treffenden Ausführungen zu der Giesebrecherei: „Eigentlich wächst die Socialdemokratie schon so wie so rasch genug, so daß Dr. Giesebrecht es sich hätte sparen können, mit seiner Campagne gegen das Reichstags-Wahlrecht ihr neuen willkommenen Agitationsstoff zu liefern. Der Plan, durch Millionen von Flugblättern das deutsche Volk von der Gemeinschädlichkeit des bestehenden Wahlrechts zu überzeugen, ist fast so komisch wie es der Eugen Richters war, Marx durch die Spar-Agnes zu überwinden. Herr Giesebrecht, der ein ehrlicher Monomane zu sein scheint, könnte man mit einem mitleidigen Lächeln ad acta legen. Was aber wirklich ernst genommen zu werden verdient, das ist, daß eine stattsliche Anzahl angesehenen Männer aus Industrie und Handel, einen lebendigen freikonserativen Landtags-Abgeordneten eingeschlossen, Herrn Giesebrecht ernst genommen haben. Die Liste der Freunde des Herrn Doktor und seiner Wahlrechts-Umsturzpläne weist keinen agrarischen Konserbativen auf. Nicht als ob diese Herren nicht samt und sonderb das Reichstags-Wahlrecht ins Wasserland wünschten. Aber ihnen ist ihr schönes Geld für die Schreiberereien eines Herrn Giesebrecht zu schade. Sie sind Realpolitiker, die nach dem bewährten Grundlag vorgehen: so was thut man, aber so was sagt man nicht. Die großen Herren aus Handel und Industrie sind dagegen in ihrem Geschäft zwar viel praktischer als die Agrarier, in der Politik aber um so naiver. Darum sind sie mit ihrem Namen und ihrem Geldbeutel selbst auf Herrn Giesebrecht hereingefallen. Sie haben damit den reaktionären Zug ihres Herzens offenbart. Und wer unsre, sich zumeist nationalliberal nennenden Herren aus Großhandel und Großindustrie kennt, der wird wissen, daß wie die 20 zufälligen Unterzeichner des Giesebrecht'schen Circulars die Mehrheit dieser Finanzpotentiaten denkt. Bemüht sich ja jeit

einiger Zeit auch ein dem Kaiser sehr nahe stehender einflussreicher Hausrat in dem Sinne des Herrn Giesebrecht! Die Zahl der mächtigen Feinde des Reichstags-Wahlrechts ist größer, als die Öffentlichkeit im allgemeinen annimmt. Darum soll man bei dem — verdienten — Spott über den Privatgelehrten in Deggendorf nicht den Ernst der Situation vergessen. —

Eine gemischte Gesellschaft sind die Giesebrecht'schen Wahlrechts-Vekämpfer. Neben dem freikonservativen Weherbusch steht als Nationalliberaler der Kommerzienrat Albert in Wiebich, der die Kandidatur des nationalliberalen Vorstandsmitgliedes Wartling in Wiesbaden mit namhafter Geldbeträgen unterstützte. Ihnen gesellen sich einige scheinheilige Arbeiterfreunde; Westhorn, Papierfabrikant in Wismar, spielt sich als Freund der Gewerkschaften auf; F. W. Nöhlig in Barmen spielte den Arbeiterfreund in der freien evangelischen Volksvereinigung, zu deren Hauptstützen auch der beigeordnete Reinhold Viernann in Barmen gehört. Und als Kapitalisten, die von den Großen schlecht bezahlter Arbeiter leben, sind bekannt Dierig in Langenbielau, der den Weibern des Culengebirges seinen Reichtum verdankt, Viebold und Vocke, die Nähmaschinen-Fabrikanten in Weihen, Westhorn dergleichen, ebenso Claus in Thale, Leiter einer Fabrik, die sich durch stete Lohnabzüge einen Namen und namhaften Profit macht.

Giesebrecht sagte: „Gemeines Volk!“ —

Aus dem Kreise des Wahlrechtsfeindes Weherbusch wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: „Eine Probe auf den Liberalismus wird die bevorstehende Landtagswahl in Elberfeld zeitigen. Seit Jahren war der Wahlkreis Barmen-Elberfeld durch einen nationalliberalen und einen freikonservativen Abgeordneten im Landtage vertreten, deren Wahl durch ein Kartell der Nationalliberalen mit den Freikonservativen, unter welcher Flagge sich übrigens alle konservativen Schattierungen zusammenfinden, gesichert war. Bislang verpörrten die Nationalliberalen keine Lust, das Bündnis mit den Konservativen aufzugeben und dafür mit der freisinnigen Volkspartei zu partieren. Das Vorgehen der Konservativen bei den Reichstagswahlen hat nun aber in nationalliberalen Kreisen verstimmt. Während die Konservativen auch bei dieser Wahl früher wiederholt mit den Nationalliberalen zusammengegangen waren, haben sie diesmal ohne jede vorherige Rücksprache einen eignen Kandidaten Stöcker'scher Richtung aufgestellt. Die entschiedenere Betonung des Liberalismus auf dem letzten nationalliberalen Parteitage fand in hiesigen nationalliberalen Kreisen, besonders im Jugendverein ein Echo, so daß man wohl von einem Zuge nach links sprechen darf, zumal ein Zusammengehen mit der freisinnigen Volkspartei bei der Landtagswahl nicht von der Hand gewiesen wurde. Es ist nun möglich, daß wenn die Konservativen ihren Reichstags-Kandidaten Vitz aufstellen, die Nationalliberalen ihnen die Gefolgschaft versagen, was aber zweifelhaft bleibt, wenn der bisherige freikonservative Abgeordnete Weherbusch wieder aufgestellt wird, der den Nationalliberalen angeblich nahe stehen soll. In letzterer Hinsicht hat nun die Enthüllung über den Wahlrechtsvorstoß, an dem auch Weherbusch beteiligt war, die Situation geändert und es fragt sich, ob die Nationalliberalen nicht das Bedürfnis haben werden, von ihm abzurücken und ohne weiteres mit der freisinnigen Volkspartei zusammenzugehen.“

Es ist schon bemerkenswert genug, daß ein Mann wie der Abgeordnete Weherbusch, dessen erzkonservative Gesinnung doch gewöhnlich in Elberfeld-Barmen auch früher nicht unbekannt war, durch liberale Hilfe gewählt werden konnte.

Wir hoffen, daß vor allem die Socialdemokratie in den Landtags-Wahlkampf entscheidend eingreifen wird. —

Schiller und Jidus — „unzüchtig!“ In Sachsen ist auch dies möglich geworden. Die Leipziger Staatsanwaltschaft hat gegen den Herausgeber der Zeitschrift „Der Eigene“, Adolf Brandt in Charlottenburg, Anklage erhoben wegen Vergehens gegen § 184 Strafgesetzbuchs. Wie uns mitgeteilt wird, werden die in seiner Zeitschrift wiedergegebenen Auszüge von Jidus und Schillers Gedicht „Die Freundschaft“ als unzüchtig im strafgesetzbuchlichen Sinne befunden, da sie die widernatürliche Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts schildern und verherrlichen.“

It schon der § 175 des Strafgesetzbuchs unhaltbar und befeitigenwert, so muß der Versuch der Leipziger Justiz, Schiller und Jidus wegen Anreizung zu Handlungen, wie sie § 175 bezeichnet, zu belangen, das höchste Erstaunen erregen.

Was man in Leipzig nicht alles fertig bringt! Erst klagt man Tolstoj an, jetzt Jidus und Schiller, den Maler der Keuschheit und den Dichter der Idealität. —

Aus dem Wahlkreise Sorau-Fork wird uns geschrieben: Unser Wahlkreis gehört zu denjenigen, die von den Freisinnigen an einen Pötker ausgeliefert worden sind; nur daß die Freisinnigen nicht erst die Stichwahl abwarteten, sondern schon in der Hauptwahl mit fliegenden Fahnen ins Lager der Lebensmittelveerweerer abzuweichen. Der jetzige Vertreter des Kreises, Kommerzienrat Wahn, hatte sich schon vor der Wahl wiederholt als Anhänger der Lebensmittelpötker bekannt. So widersprach er als Vorsitzender der Sorauer Handelskammer einer Petition gegen den Zolltarif, und erklärte sich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich als Anhänger der Lebensmittelpötker. Für diese Herrn Wahn sind die Freisinnigen unter Verzicht auf eine eigene Kandidatur gleich bei der Hauptwahl eingetreten; sie haben für ihn nicht nur gestimmt, sondern auch sehr eifrig agitiert. Bekannt ist die Ausrufung des Sorauer Freisinnigstheaters Justizrat Reumann gegenüber unsrem Genossen Wittreich in einer Sorauer Versammlung: „Den Gothein schenken wir Ihnen“. Wittreich hatte den Freisinnigen vorgehalten, daß Gothein, der freisinnige Kandidat des Kreises im Jahre 1898, das Eintreten für Wahn entschieden mißbilligt habe.

Bei der Wahl 1898 erhielt unser Genosse A. L. e. s. 8863 Stimmen, der konservativ 6988 und Gothein 5241. Die meisten Freisinnigen, die übrigens schon 1893 den Kreis in der Stichwahl an den Bundeshauptling Pötker verraten hatten, stimmten auch in der Stichwahl 1898 für den Schamacher Pötker, denn dieser erhielt in der Stichwahl 10101 Stimmen, während A. L. e. s. 10513 erhielt. Diesmal stieg unsere Stimmzahl auf 10604 Stimmen, was eine Zunahme von 1741 gegen die Hauptwahl des Jahres 1898 bedeutet; der Kartellkandidat Wahn aber erhielt 12239 Stimmen. Es ist hier nicht der Ort, auf die Ursache der verhältnismäßig geringen Steigerung unserer eignen Stimmzahl einzugehen — Thatsache aber ist, daß der Verteidiger der Lebensmittelpötker keinen Sieg lediglich den Freisinnigen verdankt. —

Hazardmoral.

Mit der Angelegenheit des obdenburgischen Justizministers Aufsticht beschäftigt sich auch ein in Oldenburg erscheinendes liberales Lokalblatt, „Der Gemeinnützig“, und bemerkt unter anderem: „Niemand hat nicht bloß aus Eitelkeit gehandelt, wie der Verteidiger Rechtsanwält Wissler betonen zu müssen für gut befand, sondern zweifelsohne den Finger in eine klaffende Wunde am Körper der sogenannten Gesellschaftskreise in Oldenburg legen wollen. Niemand wird bestreiten, daß Zustände, wie sie durch die Gerichtsverhandlung aufgedeckt sind und wie sie noch weit krasser sich gezeigt hätten, wenn dem Angeklagten nicht durch Verweigerung der beantragten Ladung von Entlastungszeugen die Bewegungsfreiheit genommen wäre, gar bedenklicher Natur sind. Nur in der Auswahl seiner Mittel hat u. E. der Angeklagte gefehlt: nicht gegen den Minister Aufsticht durfte er sich wenden. Der Sitz des Uebels scheint uns die vornehmliche Kasino-Gesellschaft zu sein, in der bei schwebender Nacht Spielorgien im wahren Sinne des Wortes abgehalten sind. Hier mußte der „Residenzbote“ den Hebel ansetzen, nicht sich eine einzelne Person herausuchen.“

Warum Niemand sich nicht gegen den Justizminister wenden sollte, ist nicht einzusehen; ist doch dessen Beteiligung an dem Hazardspiel von seinem Rechtsanwält zugestanden worden. Nur mußte Niemand im

Rahmen des Beweisbaren bleiben mit seinen Behauptungen. Wenn nicht etwa noch andre Gesetzhüter an dem „harmlosen“ Vergnügen beteiligt waren, dann war Minister Aufsticht gerade der richtige Mann, dem es zuerst vorgehalten werden mußte. —

Begehrlichkeit.

Die begehrtesten der Begehlichen, die Hausagrarier, betreten jetzt in Dresden als Centralverband Deutscher Hausbesitzer über ihre Verbandsangelegenheiten. Die Verhandlungen boten bis jetzt wenig von allgemeinem Interesse, dagegen verdient eine Episode aus den Verhandlungen des Mittwochnachmittags festgehalten zu werden. Der Vorsitzende des Verbandes, der bekannte Baumeister Hartwig in Dresden, sprach über die Haftpflicht der Hausbesitzer und dabei meinte er in der an ihm gewohnten Art, es widerspreche dem gefundenen Sinne des Volkes, daß der Hausbesitzer schadenersatzpflichtig sein solle, wenn ein Verunfallter mit schiefelackigen Absätzen eine nasse Stiege hinauffeige, ohne ein Streichholz anzubrennen, und dabei hinterstürze. Deshalb solle auch die Presse nicht über Gerichtsverhandlungen berichten, in denen Hausbesitzer zum Schadenersatz verurteilt werden. Das wecke nur die Begehrlichkeit der Bevölkerung. Diese Meinung über die Aufgaben der Presse vertrat auch der Stadtrat Schreiber aus Leipzig. Leipzig, sagte er, begnüge sich mit der Veröffentlichung der Schadenersatz-Statistik. Ob das die Leipziger Presse auf Veranlassung der Hausbesitzer thut, wäre interessant zu erfahren.

Gehört schon die ganze Dreifigkeit eines Hausagrariers dazu, seine Begehrlichkeit mit dem „gesunden Sinne des Volkes“ gleichzusetzen, so verdient doch die korrupte Anschauung besonders hervorgehoben zu werden, daß die Presse, um die „Begehrlichkeit“ der Bevölkerung nicht zu wecken, die Pflichtverletzungen der Hausbesitzer verschweigen soll. —

Der Staat wird gerettet. Es wird berichtet: Gegen 73 Teilnehmer an den Wahlruhen in Bärze ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Aufruhrs erhoben worden. —

Der „heilige Geist“ mit der Klopfspeische.

Aus Düsseldorf wird der „Volls-Zeitung“ vom 6. August berichtet: Mit einem besonders maranten Falle von Mißhandlung der jungen Soldaten durch die sogenannten „älteren Leute“ — eine der häßlichsten Erscheinungen des Soldatenlebens — hatte sich heute das hiesige Kriegsgericht zu befassen. Das Vorkommnis spielte sich am 8. Juni während der diesjährigen westfälischen Feldübungen bei der 1. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 16 (Mülheim a. Rh.) ab, nachdem dort schon wiederholt scharfe Excesse der älteren Mannschaften vorausgegangen waren. In der fraglichen Nacht wiederholten sich diese in noch verstärktem Maße — es erschien wiederum der „heilige Geist“, wie in der Soldatensprache dieses wüste Treiben genannt wird — die Rekruten wurden mit Klopfspeische und Tambourstoch aus den Betten gepörrgelt, mit Schmelzen beworfen und mit Wasser begossen. Besonders that sich bei allen diesen Gelegenheiten der Musikant Mathias Bandiden hervor; er „kommandierte“ die Prügelstrafen und trug deshalb den Namen „Paraden-Direktor“. Bei sofortiger Verhaftung wurde heute der „Paraden-Direktor“ zu vier Monaten Gefängnis verurteilt; der Gesetzte Karl Zimmermann erhielt einen Monat Gefängnis, während sich auf weitere sechs Musikantere Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis 3 Monaten verteilten.

Mit der Bestrafung dieses „heiligen Geistes“ ist es wahrlich nicht gethan. Der Vorgang weist vielmehr darauf hin, wie ungenügend die geistigen Einflüsse im heutigen Militärleben sind, durch die solche Rohheiten unmöglich gemacht werden könnten. Es müßte gefordert werden, daß die jungen Männer auch beim Militär bessere Beschäftigungen haben, damit sie nicht in solche Mißheilen verfallen. —

Ein Pastor. Aus Nord-Schleswig wird geschrieben: Am Sonnabend fand die Generalversammlung der Kreditbank in Scherreded statt. Als Vertreter der Regierung war Landrat Wehner aus Hadersleben erschienen. Der neue Bankdirektor Schade erstattete einen Bericht über die Entwicklung der Bank unter der Leitung von Pastor Jakobson und Bankdirektor Lassen. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß Pastor Jakobson der Bank 210 000 M. und Lassen, jetzt Hotelbesitzer, ebenfalls eine beträchtliche Summe schuldet. Der Verlust im Jahre 1902 war 269 967,42 M. Die Einlagen der Mitglieder, 100 M. per Anteil, sind als verloren zu betrachten. Landrat Wehner teilte mit, daß die Regierung der Bank einen Zuschuß von 650 000 M. zu 2 1/2 Proz. und eine größere Summe zinsfrei gewähren werde. Neue Verluste werden kaum ausbleiben. Pastor Jakobson ist jetzt fallit. Es sind Forderungen im Betrage von 700 000 M. angemeldet. Da die Aktien nur einen Bruchteil hiervon ausmachen, wird der größte Teil von den 210 000 M. wohl verloren gehen. Die Mitglieder der Bank sind aufgefordert worden, 100 M. pro Anteil einzuzahlen.

Pastoren-Terrorismus.

Vom Terrorismus schwärzen ebenso gern wie Beweislos die Centrumblätter gegenüber der Socialdemokratie. Ein Stückchen von ultramontanem Terrorismus erzählt aber die nationalliberale „Rhein.-Westf. Zeitung“:

Am 15. Juni er trat der Rote August Frensch in Dülme bei der Gelsenkirchener Geschäftsstelle unsres Blattes ein. Der Mann ist schwach, daher hilft ihm seine Frau beim Zeitungsaustragen. Seine Frau pugt nun nebenbei auch die katholischen Schulen in Dülme. Den v. Frensch'schen Eheleuten, die katholischen sind, war nun in Aussicht gestellt worden, daß ihnen die Schulwohnung, bestehend aus drei geräumigen Zimmern, zu einem verhältnismäßig sehr billigen Mietzins überlassen werden solle. Bürgermeister Klose — früherer Amtmann von Schalle — hatte sich mit Ueberlassung der qu. Wohnung an die Frensch'schen Eheleute einverstanden erklärt, ihnen aber aufgegeben, auch die Erlaubnis von dem Pfarrer Vogel einzuholen. Pfarrer Vogel bezeugte nun der Frau Frensch, als sie die „Rhein.-Westf. Zeitung“ austrug. Bei dieser Gelegenheit entspann sich ein Gespräch. Frau F. fragte zunächst den Pfarrer, ob sie die erwähnte Schulwohnung beläme. Pfarrer Vogel erwiderte, die Wohnung könnten die Eheleute F. nicht bekommen; es könnte ja mal der Fall eintreten, daß eines ihrer Kinder an einer ansteckenden Krankheit erkrankte, und dann müßte die Schule geschlossen werden, überhaupt, wenn er gewußt hätte, daß sie die „Rhein.-Westf. Zeitung“ austrüge, dann hätte sie die Schule zum Pagen auch nicht bekommen. Frau Frensch erwiderte darauf, wenn sie die Zeitung nicht gehabt und von ihr nicht Vorwissen bekommen hätte, hätte sie mit ihrer Familie hungern müssen. Pfarrer Vogel meinte hierauf, das wäre ganz egal, er würde dafür sorgen, daß ihr die Karten vom St. Vincenz-Verein und vom Elisabeth-Frauen-Verein entzogen würden. Die Eheleute Frensch erhielten nämlich vom Vincenz-Verein bisher 4 Karten und vom Elisabeth-Frauen-Verein 2 Karten, jede a 1 M. pro Monat, als Unterstützung. Unter Vorzeigung dieser Karten konnten sie in bestimmten Geschäften dafür Waren resp. Lebensmittel kaufen. Pfarrer Vogel fragte darauf weiter, welchen Zweck die Frau F. dabei habe, daß sie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ trüge, worauf Frau F. erwiderte, daß sie gar keinen Zweck dabei hätten und sie und ihr kränklicher Mann trügen die Zeitung, damit sie etwas verdienen, um nicht hungern zu müssen. Frau F. bemerkte weiter, daß sie selber die Zeitung nicht läsen, ihnen sei es ja lediglich darum zu thun, sich einen Verdienst zu verschaffen; sie wüßte aber auch, daß sogar streng katholische Leute die Zeitung läsen, worauf der Herr Pfarrer erwiderte, das wäre ganz egal, sie sollte die Zeitung nicht austragen; entweder müßte sie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ abgeben oder ihr würden die Karten vom Vincenz- und Elisabeth-Frauenverein entzogen, dafür würde er sorgen.“ —

Ausland.

Die politische Stellung des neuen Papstes.

Während noch die liberale Presse die Mär vom „Liberalen“ Papst verländet und von einer baldigen Aussöhnung zwischen Vatikan und Quirinal spricht, bekundet Pius X. bereits durch sein Verhalten gegenüber der italienischen Regierung, daß er absolut nicht gesonnen

ist, auch nur das geringste von seinen vermeintlichen Rechten aufzugeben. Das war zu erwarten; und wer noch daran zweifelte, dem zeigte es alsbald die Thatsache, daß der neuerwählte Papst nicht von der äußeren, sondern von der inneren Loggia der Peterskirche die Menge segnete und sich damit für die weitere Aufrechterhaltung der Fiktion einer Gefangenenshaft des Papstes erklärte. Noch mehr aber, daß er sich den Namen Pius beilegte, zur Erinnerung, wie gemeldet wurde, an Pius VII., der bekanntlich nicht nur nicht die Hilfe der österreichischen, englischen und sogar türkischen Waffen verschmähte, um sich wieder in den Besitz des Kirchenstaates zu setzen, sondern der sich auch, als er sich davon Vorteil versprach, 1804 zur Kaiserkrönung Napoleons I. verband und den Jesuitenorden und die Inquisition wiederherstellte.

Mit dieser von dem neuen Papst gleich nach seiner Wahl bekundeten Gesinnung steht völlig im Einklang, daß er bisher, ebenso wie Leo XIII. unterlassen hat, der italienischen Regierung seine erfolgte Wahl anzuzeigen, während diese den andern Mächten sofort notifiziert worden ist. Aus Rom wird darüber telegraphisch gemeldet:

Rom, 5. August. Wie die Blätter melden, richtete Ministerpräsident Zanardelli an die Präfecten nachfolgendes Telegramm: „Der neue Papst hat uns seine Wahl nicht mitgeteilt; ich benachrichtige Sie daher, daß die Staatsbeamten an den kirchlichen Feiern, die aus dem Anlasse dieser Wahl stattfinden werden, nicht teilnehmen können.“

„Tribuna“ schreibt hierzu, diese Instruktionen entsprächen einer unpartheiischen Haltung, die der Regierung würdig sei; sie seien keine Herausforderung, aber auch kein übertriebenes Entgegenkommen gegen diejenigen, welche das berechtigte Versehen Italiens nicht anerkennen zu sollen glauben. Die Regierung könne in ihrem Entgegenkommen nicht soweit gehen, daß sie jemand Ehren erweise, der zeige, daß er von dem Bestand des italienischen Staates, von seiner gesetzmäßigen Regierung und von seinem von der ganzen Welt geachteten und anerkannten Oberhaupt keine Kenntnis nehmen wolle. — „Italia“ stimmt der Depesche Zanardelli in warmen Worten zu. Alle Mächte hätten übereinstimmend den Fall Italiens bezüglich der Sicherheit des Konstabes und der Proklamierung des neuen Papstes anerkannt und der Papst antwortete auf alles dies in einer Weise, die Entgegenkommen und Höflichkeit gegenüber der italienischen Regierung und Nation vermischen lasse. Zanardelli habe daher, um die Würde des Staates zu wahren, den Beamten anbefehlen müssen, die Wahl zu ignorieren, ebenso wie der Vatikan die Regierung habe ignorieren wollen.

Oestreich-Ungarn.

Zum ungarischen Vesteckungsstaub. Vor der parlamentarischen Untersuchungskommission erklärte gestern der Polizeichef von Budapest Rudnay, daß er ganz überrascht gewesen sei, als die Vesteckungsaffäre ans Tageslicht kam. Die Abreise Dienes habe er erst am andern Tage erfahren; er habe dieselbe mißbilligt; auf seine Veranlassung habe Graf Szapary an den Journalisten Hegyi nach Berlin telegraphiert, er möge Dienes so lange festhalten, bis seine Verhaftung möglich wäre. Doch sei Dienes durch die in Berlin durch das Wolffsche Bureau zur Veröffentlichung gelangten Budapester Telegramme gezwungen worden und rechtzeitig entflohen. Die Meldung, daß Dienes sich in der Schweiz aufhalte, bewahrheitete sich nicht. Rudnay fügte hinzu, er habe die Flucht Dienes' weder unterläßt noch verhindert; zu letzterem habe damals noch kein Rechtsgrund vorgelegen.

Eine interessante Ergänzung erfährt dieses Gerücht durch einen Brief des Journalisten Hegyi, der Dienes auf seiner Flucht begleitete. In diesem Schreiben, das gestern in der Untersuchungskommission vorgelesen wurde, erklärt Hegyi, daß er auf Wunsch des Grafen Szapary Dienes, den er früher nicht gekannt habe, begleitet habe, um ihn in Hamburg auf ein nach Amerika abgehendes Schiff zu bringen und ihm dort 50 000 Kronen zu übergeben; doch habe er, als er den Zusammenhang der Sache erfuhr, Dienes bereits in Berlin verlassen, ihm nur 25 000 Kronen gegeben und den Rest Szapary zurückgeschickt, damit die Familie des Dienes gesichert sei. Es folgt daraus, daß Graf Szapary und seine Hintermänner nicht nur die Flucht des Dienes begünstigt, sondern ihn selbst zur Flucht betrogen und mit den dazu erforderlichen reichen Mitteln ausgestattet haben, damit er ihnen bei ihren Ablegungen nicht durch Gegenauslagen in die Quere komme. —

Frankreich.

Um eine Schulfestrede. Paris, 4. August. (Fig. Ver.) Bisher haben die alljährlichen Schulfestreden bei den Preisverteilungen in den Mittelschulen keine Gelegenheit zu politischer Aufregung geboten. In den Augen der Bourgeoisie sind solche Reden ja auch dann unpolitisch, wenn sie politische Gegenstände im bourgeoisien Sinne behandeln, namentlich, wenn Generale, die in der Provinz vielfach mit Festreden betraut werden, gegen „vaterlandsfeindliche“ Lehren vom Leder ziehen. Erst jetzt hat die „öffentliche Meinung“ der Merikalen und Melinisten in der Festrede des Generalsekretärs der Präfektur zu Marseille, des Herrn Daurès, die böse Politik entdeckt. Dieser Beamte, ein ehemaliger radikaler Journalist, hat nämlich neben der Verherrlichung des weltlichen Unterrichts den deprimierenden, die Menschenwürde „erniedrigenden“ Einfluß der konfessionellen Schule betont. Die der Schulfestei bewohnenden zwei Priester, die in den „weltlichen“ Mittelschulen den fakultativen religiösen Unterricht erteilen und die Schulkavellen bedienen, verließen demonstrativ den Saal unter dem Vorwand der kirchlichen Familienmütter und ihrer Söhne. Das gab das Signal zu einem Tumult, der den Festredner am weiteren Sprechen verhinderte. Der Tumult hatte seine Fortsetzung in der Oppositions-Preße und wird auch noch ein parlamentarisches Nachspiel finden. Von Merikalen und melinistischer Seite sind bereits zwei Interpellationen angekündigt worden. Andererseits hat die Departementskommission der Bouges-du-Rhône Herrn Daurès wegen seiner Festrede beglückwünscht. —

Aus Lorient werden neue Unruhen der streikenden Eisenarbeiter berichtet. Nach telegraphischer Meldung des Depeschensbüreaus „Herold“ warf gestern wieder eine tausendköpfige Volksmenge, welche sich auf dem Plage vor dem Militärklub angesammelt hatte, die Fenster der umliegenden Gebäude ein, worauf die Geschäftsleute ihre Läden schlossen. Die herbeigerufenen Kavallerie griff mit großer Energie ein und trieb die Kundgeber, welche verlustigen, Barricaden zu errichten, mit blanker Waffe auseinander. Die Demonstranten zerstörten hierauf die Gasleitung, so daß die Straßen in Dunkel gehüllt wurden. Eine Gruppe von 30 Demonstranten, die sich vor den herannahenden Truppen flüchten wollte, wurde umzingelt und verhaftet. Um 11 Uhr nachts durchzog die Menge die Straßen und zertrümmerte auf ihrem Wege sämtliche Fensterscheiben; mehrmals kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei eine Anzahl Personen verletzt und zahlreiche verhaftet wurden. Gegen Mitternacht verfuhr die wütende Volksmenge, das Präfekturgebäude zu stürmen, wurde aber von den Truppen daran verhindert. Die Tumulte setzten sich bis gegen Morgen fort; die Truppen waren mehrfach der wütenden Volksmenge gegenüber ohnmächtig.

Die obigen Meldungen sind, wie wohl nicht näher begründet werden braucht, mit Vorsicht aufzunehmen, da sie der kapitalistischen französischen Presse entnommen sind. —

Italien.

Aus der Partei. Rom, 4. August. (Fig. Ver.) Das Bohm der lokalen römischen Parteiorganisation, das die Ausstoßung Turatis aus der Partei fordert, hat mehrere Parteigenossen, unter andern den Verleger Luigi Rongini und Professor Rossi-Doria betrogen, aus der Partei auszutreten. Bissolati, Cassola und andre Reformisten haben der römischen Organisation schriftlich ihre Solidarität mit Turati erklärt und die Organisation aufgefordert, auch gegen sie Maßnahmen zu ergreifen.

Die Genossen der Mailänder Organisation erachten die einen autonomen Wahlverein bildenden Turatiener als aus der Partei ausgetreten. Mit beiden Fällen wird sich der Parteivorstand demnächst beschäftigen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Kugelbarkeit einem diesen Herbst zusammentretenden Parteitag unterbreitet werde.

Von seinen Wählern in Mailand aufgefordert, sprach vorgestern Turati im Theater D'Orfe vor 3000 Personen über seine politische Aktion. In anderthalbstündiger Rede führte er aus, daß jede sozialistische Partei, sobald sie Einfluß und Kraft erlangt, sich zu entscheiden habe, ob sie nur protestierend und verneinend der heutigen Gesellschaftsordnung gegenüberstehe oder diese durchdringen und umgestalten will. Die Partei muß sich darüber klar werden, ob alle Fraktionen der Bourgeoisie ihr gleichwertig als Feinde gelten sollen, oder ob sie vorübergehende Bündnisse mit einigen von ihnen eingehen kann. Sie muß wissen, ob sie ihr Ziel durch den wachsenden Widerstreit der Klassen zu erreichen erwartet oder es durch Schulung und Hebung des Proletariats und seine Erziehung zur Teilnahme an Verwaltung, Politik etc. vorbereiten will, ob sie ein katastrophisches Herabbrechen des Zukunftsstaates oder sein langsames Wachsen und Werden annimmt. Diese Fragen hat die Partei theoretisch an dem Tage beantwortet, wo sie sich vom Anarchismus trennte. Der heute Sozialist ist, nimmt die Evolutionslehre an; wenn einige „Intransigente“ von dem Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie nichts wissen wollen, so zeigen sie dadurch, daß sie in der Entwicklung stehen geblieben sind und die neue Phase der Parteitaktion nicht verstehen. Redner führte ferner aus, die sog. Reformisten wollten die Reformen nicht als Ziel sondern als Mittel, und achteten sie um so höher, je stärker der Druck des Proletariats war, durch den sie erzwingen wurden. Er sprach ferner von den augenblicklichen Aufgaben der Partei den wichtigsten Fragen der italienischen Politik gegenüber und schloß mit einer Aufforderung an die Genossen, für die Sache zu arbeiten und ihn und die Seinen arbeiten zu lassen. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Am Abend nach der Versammlung gaben die Anhänger Turatis diesem ein Panett, an dem 600 Genossen teilnahmen. Die gesamte italienische Presse beschäftigt sich mit der Mailänder Rede, die mit großer Spannung erwartet worden war.

Um die lokalen Streitigkeiten nicht zu ersten Gefahren für die Partei anschwelen zu lassen, hat der Chefredakteur der „Avanti“, Enrico Ferri, bestimmt, daß der „Avanti“ über die Streitfrage nur kurze Thatsachenberichte bringen und die Veröffentlichung der Tagesordnungen ablehnen wird, die persönliche Angriffe gegen Genossen enthalten.

Niederlande.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer hat gestern einen Antrag auf Verfassungs-Revision eingereicht, welcher bezweckt:

1. Für die Generalstaaten, die Provinzialstaaten und den Gemeinderat das allgemeine Wahlrecht einzuführen.
 2. Alle rechtlichen Hindernisse gegen das aktive und passive Frauenwahlrecht aus der Verfassung zu beseitigen.
 3. Die Einführung der Proportional-Vertretung zu ermöglichen.
 4. Die Erste Kammer durch das Referendum zu ersetzen.
- Um dieses Ziel zu erreichen, müssen 64 Artikel der Verfassung geändert werden. Der Antrag enthält fünf Paragraphen. § 1 enthält die vorzunehmenden Änderungen im zweiten Hauptstück (von den Rechten des Königs), § 2 die Änderungen betr. der Generalstaaten, § 3 die der Provinzialstaaten, § 4 Justiz, Finanz- und Verfassungsänderung und § 5 die Änderungen der Zusatz-Artikel.

Rußland.

Russifizierung der finnischen Staatsbahnen. Standinabischen Zeitungen wird aus Helsingfors berichtet: Für die finnlandischen Staatsbahnen ist ein neues Reglement erlassen worden, während gleichzeitig der Generaldirektor G. Strömberg, der seit dem Bau der ersten Bahn in Finnland an der Spitze der Staatsbahnen stand, seinen Abschied erhielt. Als sein Nachfolger wird der General Bedman genannt. Das neue Reglement enthält u. a. die Bestimmung, daß der russische Chef für Transporttransporte des sogenannten finnischen Militärbezirks Sitz und Stimme in der Eisenbahnverwaltung haben soll, daß Russen in allen Zweigen des Eisenbahndienstes angestellt werden und daß fortan die russische Sprache in der Eisenbahnverwaltung Anwendung findet.

Asien.

Chinesische Strafe für Majestätsbeleidigungen. Zu dem Majestätsbeleidigungsprozeß in Shanghai, von dem wir kürzlich berichteten (Nr. 179 des „Vorwärts“), wird telegraphisch gemeldet, daß die chinesische Regierung sich erneut an die fremden Gesandten mit dem Ansuchen gewandt hat, die der Majestätsbeleidigung beschuldigten chinesischen Schriftsteller auszuliefern. Dasselbe widerlegen sich der englische und japanische Gesandte — der deutsche ist bekanntlich bereit, der chinesischen Regierung die verlangte Gefälligkeit zu erweisen — auch weiter der Auslieferung, denn im andern Fall steht den chinesischen Presskämpfern eine grausame Strafe bevor, wie das Schicksal des eines ähnlichen Vergehens beschuldigten Journalisten Schentschats beweist. Er wurde zwei Stunden hindurch, von 4 bis 6 Uhr nachmittags mit schweren Bambusstäben geprügelt. Das Fleisch der Arme, Beine und des Rückens wurde zu Fetzen gerissen. Nachdem der Verurteilte augenscheinlich tot war, erzwangen ihn dann noch die Henker mit einem Strick, weil sie fürchteten, daß er möglicherweise nur ohnmächtig geworden sei und wieder aufleben dürfte.

Amerika.

Kanadische Zustände. Von unserem Londoner Korrespondenten wird uns auf Grund der in letzter Zeit aus Kanada eingelaufenen Situationsberichte und statistischen Zusammenstellungen geschrieben: Die kanadische Entwicklung ist in ein ruhigeres Tempo eingetreten. Bevölkerung und Ackerbau, Handel und Industrie sind in steter Zunahme begriffen, aber auch die Klassenkämpfe, die sowohl sozialpolitische wie imperialistische Motive haben. Die Bevölkerung wuchs in den Jahren 1891 bis 1901 um 11,4 Proz. gegen 9,9 Proz. während desselben Zeitabschnitts in England. Die Einwanderung stieg von 44 543 Personen im Jahre 1899 auf 67 379 Personen im Jahre 1902. Auffallend ist die steigende Einwanderung aus den Vereinigten Staaten; sie wuchs von 12 000 im Jahre 1899 auf 28 400 im Jahre 1902. Ebenso wächst die Einwanderung aus dem Vereinigten Königreich (England, Wales, Schottland und Irland), die im Jahre 1902 über 17 000 Personen betrug, so daß die große Zahl der Einwanderer aus englisch-sprechenden Ländern kommen und der Dominion von Kanada mehr und mehr ein einheitliches, angelsächsisches Gepräge verleihen.

Die kanadische Regierung ist allem Anscheine nach bemüht, sich gegen Einflüsse der Vereinigten Staaten zu schützen, wofür folgende sozialpolitische Thatsachen sprechen. Die kanadischen Gewerkschaften sind mit denen der Vereinigten Staaten verbunden. Die Centrale der nordamerikanischen Arbeiterverbindungen befindet sich in Washington. So lange die industrielle Entwicklung Kanadas noch unbedeutend war, hatte das Kapital nichts gegen die Internationalität der Trades-Unions einzuwenden. Daraus kam noch, daß Kanada und die Vereinigten Staaten viel freundschaftlicher mit einander verkehrten, als Kanada mit England. Dieses Verhältnis hat sich bekanntlich in den letzten Jahren geändert. Kanada gab den unmittelbaren Anstoß zum britischen Zollvereinsplan, also zum Abschluß gegen das Ausland. Gleichzeitig entstand eine gewisse Eifersucht zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, was aber die Internationalität der Gewerkschaften nicht beeinträchtigte. Nun fürchtet das kanadische Kapital, daß die Kapitalisten der Vereinigten Staaten die Washingtoner Gewerkschaftskommissionen dazu benutzen möchten, Streiks in Kanada zu incitieren, um dessen industriellen Aufschwung zu hemmen. In den letzten Jahren kam es darüber zu heftigen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit in Kanada, — wobei die Unternehmer stets erklärten, daß die kanadischen Arbeiter von Washington aus regiert würden. Schließlich wurde dem kanadischen Parlamente ein Gesetzesentwurf vor-

gelegt, wonach es für Arbeiterführer, die dem britischen Reich nicht angehören, ungeeignet sein sollte, in kanadische Industriestellen einzugreifen. Die Höchststrafe wurde auf zwei Jahre Gefängnis festgesetzt. Obwohl die kanadischen Gewerkschaften eine große Agitation gegen den Gesetzesentwurf entfalteten, wurde er angenommen.

Außerdem haben die kanadischen Gerichtshöfe den Tarif-Vale-Entscheidungen acceptiert und machen die Gewerkschaftslisten für Schäden haftbar, die während eines Streiks den Unternehmern entstehen.

Panama-Kanal. Aus Bogota in Washington eingegangene Meldungen besagen, daß die Gegner des Panama-Kanal-Vertrages beabsichtigen, im kolumbianischen Kongress die Abstimmung über die Vorlage hinzuziehen, um dadurch zu verhindern, daß der Vertrag bis zum 22. September, dem für den Austausch der Ratifikationsurkunden bestimmten Tage, in Washington eintrifft. Die hiesigen amtlichen Kreise erwarten, daß eine Verlängerung der gestellten Frist verlangt werden wird.

Die fremdsprachige Bevölkerung in Deutschland.

Bei der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1900, von deren genauen Resultaten wir einige besonders in die Augen fallende bereits früher mitgeteilt haben (in den Nummern 165, 177), sind auch zum erstenmal Nachweise über die Muttersprache der Bevölkerung für das gesamte Reich erhoben, während für Preußen auch Daten aus früheren Zählungen vorliegen.

Die Ergebnisse der Zählung laßt das Kaiserliche Statistische Amt in die Sätze zusammenfassen:

Von den 66 Millionen Einwohnern des Reiches haben 52 Millionen oder 78,7 Proz. die deutsche Muttersprache. 252 918 oder 0,45 Proz. haben als Muttersprache die deutsche und zugleich eine fremde Sprache; hauptsächlich ist es deutsch und polnisch, was hier in Betracht kommt, 169 634 haben diese Doppel-Muttersprache. Eine nicht deutsche, fremde Muttersprache haben 4 231 129 Einwohner oder 7,5 Proz. der Gesamtbevölkerung, und zwar ist es bei 3 086 459 polnisch. Im großen und ganzen erscheinen die fremdsprachigen Elemente im Reich gering vertreten und darf daher Deutschland als ein einheitliches Sprachgebiet angesehen werden.

Ins erscheint 7,5 Proz., das ist der 13. Teil der gesamten Bevölkerung, nicht gerade gering; immerhin würde bei einigermaßen gleichmäßiger Verteilung das fremdsprachige Element nirgends in besonders starker Weise hervortreten. Werfen wir jedoch einen Blick auf die am Schluß des Werkes beigegebene Karte, welche die Verbreitung der hauptsächlichsten fremden Muttersprachen zur Darstellung bringt, so finden wir weite Teile von Schlesien und Posen tief rot gezeichnet, was eine polnische Bevölkerung von 80—90 Proz. anzeigt, und durch matteres Rot eine polnisch sprechende Bevölkerung von über 70 Proz. auch in weiten Teilen von Ost- und Westpreußen. Ebenso sehen wir im Elsaß einen Bezirk mit einer französisch sprechenden Bevölkerung bis zu 70 Proz., und an der dänischen Grenze in Schleswig einen größten Bezirk, in welchem die dänisch sprechende Bevölkerung 90 Proz. erreicht. Die Karte giebt durchaus nur das Bild eines einheitlichen Sprachgebietes, dem im Westen und Norden kleinere, im Osten ein sehr großes fremdsprachiges Gebiet angegliedert ist. Uebrigens sind auch sonst noch kleinere Gebiete vorhanden, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung fremdsprachig ist (masurisch, litauisch, litauisch, wendisch).

Sehen wir uns die Bevölkerung in den einzelnen Bundesstaaten an, so springt sofort in die Augen, daß wir außer Elsaß-Lothringen und Preußen nur rein deutsche Landesteile haben, in keinem stult die deutsche Bevölkerung unter 98 Proz., genau so viel beträgt sie in Sachsen, in Bremen 98,2 Proz., in Hamburg und Lübeck je 98,6 Proz., in Braunschweig und Anhalt je 98,8 Proz., in allen andern Bundesstaaten mehr als 99 Proz. In Preußen dagegen haben wir nur 88,1 Proz. in Elsaß-Lothringen sogar nur 86,8 Proz. deutschsprechende Bevölkerung. In letzterem ist die fremdsprachige Bevölkerung eine wesentlich andere als in Preußen, nämlich eine vorwiegend französische. Im ganzen Reich bezeichneten 9336 Personen französisch und deutsch als ihre Muttersprachen, 211 679 gaben französisch als ihre alleinige Muttersprache an, von den ersteren entfallen auf Elsaß-Lothringen allein 7109, von den letzteren 198 318, das Reichsland hat also bei einer Gesamtbevölkerung von 1 720 000 ca. 200 000 Franzosen. Dieselben verteilen sich auf die einzelnen Bezirke sehr ungleich; in 16 von den 25 elfässisch-lothringischen Kreisen sind noch nicht 5 Proz. Franzosen vorhanden, sie sind also als rein deutsch zu bezeichnen, und auch Schlettstadt mit 5,5 Proz. kann man wohl noch zu den deutschen Kreisen rechnen. Vorwiegend französisch ist nur der Kreis Château-Salins mit 69,7 Proz. und der Landkreis Metz mit 57,1 Proz. französischsprachiger Bevölkerung, in den andern 6 Kreisen (Haypoltsweiler, Wolsheim, Saarburg, Metz-Stadt, Diedenhofen, Volchen) ist nur die Minderheit französisch.

Ein genauer Vergleich mit den früheren Verhältnissen ist nicht möglich, da aus früheren Jahren nur Schätzungen vorliegen. Nach denselben scheint es, als ob das deutsche Element im Reichslande in ständiger Vordringen begriffen ist, und zwar in Lothringen stärker als im Elsaß.

Außer dem Reichslande kann von einer wesentlich fremdsprachigen Bevölkerung nur im größten Bundesstaat, in Preußen, gesprochen werden, und zwar handelt es sich hier vorwiegend um Dänen und Polen, wozu noch in einigen Teilen die mit den Polen verwandten Masuren und Kasuben sowie Wenden und Litauer kommen.

An der holländischen Grenze finden sich natürlich auch Holländer, in den rheinländischen Kreisen Rees, Duisburg und Alesse 5,1 Proz., 5,3 Proz. und 7,9 Proz., im westfälischen Kreis Thau 6,8 Proz. und im hannoverschen Bentheim 8,9 Proz. Absolut und relativ ist die holländische Bevölkerung in Preußen etwas gewachsen, von 40 124 (1,34 Proz.) im Jahre 1890 auf 77 413 (2,25 Proz.) im Jahre 1900.

Die ziemlich starke wallonische Bevölkerung, die der an der belgischen Grenze gelegene rheinländische Kreis Ralmedy hat, 28,7 Proz., fast $\frac{1}{3}$ der gesamten, ist dagegen beinahe stehen geblieben, und zwar nicht erst seit 1890, sondern schon seit 1858; man zählte damals in Preußen 10 830 Wallonen, 1890 waren sie nur auf 10 972 und 1900 nur auf 11 750 Seelen angewachsen; es bedeutet das einen relativen Rückgang von 0,50 auf 0,37 und 0,34 Prozent.

Ebenfalls an der Grenze, natürlich an der dänischen, sitzen die Dänen und zwar vorzugsweise in den schleswighischen Kreisen Hadersleben, Sonderburg und Apenrade, wo sie $\frac{1}{3}$, resp. $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung ausmachen (82,9 Proz., 81,7 Proz., 79,8 Proz.). In Londern bilden sie beinahe die Hälfte, wozu noch 22,5 Proz. Freisen kommen; bemerkbar sind sie denn noch in Flensburg Stadt und Land mit 6,8 Proz. und 6,3 Proz. Immerhin beträgt in ganz Schleswig-Holstein die deutsche Bevölkerung 88 Proz. Erheblich geringer ist sie dagegen in den polnischen Landesteilen; in Ostpreußen sind nur 78,7 Proz., in Schlesien 72,8 Proz., in Westpreußen 64,4 Proz. und in Posen gar nur 38,1 Proz. Deutsche vorhanden, also bei weitem noch nicht die Hälfte.

Sehen wir uns die einzelnen Bezirke näher an, so finden wir in Posen einen Kreis (Adeltau) mit rund 90 Proz. Polen, dann kommen 16 Kreise, in denen die polnische Bevölkerung über 80 Proz. (bis 89,6 Proz.) beträgt und noch sechs mit mehr als 70 Proz. Ueberhaupt haben wir in den genannten Provinzen 85 Kreise, in welchen über 70 Proz. der Einwohner polnisch als ihre Muttersprache bezeichnen; dazu kommen noch die beiden ostpreussischen Kreise Ortelsburg (im Regierungsbezirk Königsberg) und Johannisburg (im Regierungsbezirk Gumbinnen), in denen die polnische Bevölkerung allerdings nur 31,1 Proz. resp. 20,8 Proz. beträgt, die aber 43,4 Proz. resp. 49,4 Proz. Masuren enthalten, so daß auch hier die fremdsprachige Bevölkerung mehr als 70 Proz. beträgt. Dasselbe ist auch in dem schlesischen Kreis Ratibor der Fall, wo zu 43,7 Proz. Polen, 33,9 Proz. Währen hinzukommen; allerdings ist das Mehrtheil mit dem Polnischen nicht näher verwandt als mit dem Deutschen.

Kreise, in denen die polnische Bevölkerung mehr als die Hälfte beträgt, sind 51 vorhanden. Betrachten wir in ihnen den Prozentant-

der Polen im Vergleich zu dem, wie er im Jahre 1890 war, so ist er in einigen etwas gestiegen, in andern, und zwar in der Westprovinz, etwas gefallen. Dasselbe Bild zeigen auch die zahlreichen Kreise, in welchen die polnische Bevölkerung nicht ganz 50 Proz. erreicht. Daraus würde ein Rückgang der polnischen Bevölkerung in ganz Preußen sich ergeben, und dem ist in der That so. Die „kaninchenhafte“ Vermehrung der Polen, zufolge deren die polnische Gefahr dem Reichsfanzler v. Bülow gar so erschreckend erscheint, existiert eben nur in seinem Gehirn, und psychischdudlich natürlich auch in denen der untergebenen und ergebenden Beamten. Die statistischen Zahlen dagegen zeigen ein andres Bild; danach betrug die gesamte polnische Bevölkerung in ganz Preußen im Jahre 1890 etwas über 2¼ Millionen, im Jahre 1900 ein wenig mehr als 3 Millionen. Die Vermehrung um rund 800 000 Köpfe bedeutet aber einen relativen Rückgang, denn im Jahre 1890 waren von je 1000 Einwohnern der Monarchie 92,3 polnisch, im Jahre 1900 nur noch 88,9.

Etwas anders stellt sich das Bild dar, wenn man die den Polen verwandten Masuren und Kasuben dazu rechnet; die ersteren haben sich von rund 103 000 auf 142 000, die letzteren von 54 000 auf 100 000 vermehrt. Für jedes Tausend der gesamten Einwohner ist das eine Vermehrung von 3,4 auf 4,1 resp. von 1,8 auf 2,9. Rechnet man aber Polen, Masuren und Kasuben zusammen, so ist trotzdem immer noch ein Rückgang zu beobachten, nämlich von 97,6 im Jahre 1890 auf 95,9 im Jahre 1900 auf je 1000 Einwohner.

Ebenfalls zurückgegangen sind die Littauer und Wenden; letztere sitzen vornehmlich in einigen Teilen von Brandenburg, im Kreise Stettins-Land bilden sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung, erstere wohnen in Ostpreußen, und zwar bilden sie im Kreis Heidekrug 57 Proz., in den Kreisen Tilsit-Land und Memel noch über 40 Proz. der Einwohner. Beide Sprachstämme sind nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgegangen, die Littauer sind von 117 637 Köpfen auf 106 230 (von 3,9 auf 3,1 pro Tausend der Bevölkerung) gesunken, die Wenden von 65 254 auf 64 225 Köpfe (von 2,2 auf 1,9 pro Tausend).

Gewachsen ist demnach wesentlich die deutsch sprechende Bevölkerung in Preußen, und zwar von 890,2 auf 881,4 pro Tausend, die absoluten Zahlen sind 26,4 Millionen und 30,4 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 30 Millionen im Jahre 1890 und 34½ Millionen im Jahre 1900 in Preußen.

Ob freilich das Bild des Rückganges der polnischen Bevölkerung, welches die Zahlen der Statistik zeigen, ein ganz zuverlässiges ist, muß billig bezweifelt werden. Bei den unerbörten und geradezu barbarischen Verdrängungen, denen unsere polnischen Mitbürger in den letzten Jahren aus keinem andern Grunde als wegen ihrer Nationalität angesetzt waren, ist es höchst wahrscheinlich, daß sehr viele Polen die Frage nach ihrer Muttersprache auf den Zählkarten aus Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen fälschlich mit „deutsch“ beantwortet haben. Dadurch muß ein falsches Bild entstehen; doch entzieht es sich jeder Beurteilung, in welchem Maße derartige statgefunden hat. Wir können uns nur an die statistisch ersichtbaren Zahlen und ihre Resultate halten, und diese ergeben einen Rückgang der polnischen Bevölkerung, zufolge der brutalen Unterdrückung, wie vielleicht unser alldeutscher Schwärmer jubeln ausrufen, trotz dieser Unterdrückung, wie jeder sagen muß, der auch nur ein wenig die menschliche Natur zu beurteilen vermag.

Der Rückgang der polnischen Bevölkerung ist am stärksten in der Provinz Ostpreußen; hier ist er nämlich nicht nur relativ, von 11 Proz. auf 7,8 Proz. der Bevölkerung, sondern auch absolut, von 216 000 Köpfen auf 155 281, also um 60 700 Köpfe. Westpreußen hat eine Zunahme von 430 933 auf 437 916, also um 7000 Seelen zu verzeichnen; relativ stellt das einen Rückgang von 30,1 Proz. auf 28 Proz. der Bevölkerung dar. In Schlesien dagegen, wo die Polen um 127 800 Seelen gewachsen sind, von 973 564 auf 1 100 831, stellt dies auch einen kleinen relativen Zuwachs dar, von 23,0 Proz. auf 23,6 Proz. der Bevölkerung, und noch stärker tritt der Zuwachs in der stärksten polnischen Provinz, in Posen hervor; hier wuchs die polnische Bevölkerung von 1 047 409 auf 1 156 866, also um 109 457 Seelen oder von 59,8 Proz. auf 61,3 Proz. Die weite Germanisierungspolitik Preußens, die einerseits im Auslaufen bankrotter Gutsbesitzer besteht, andererseits in barbarischen Verdrängungen der ärmeren polnischen Bevölkerung (Unterdrückung der polnischen Sprache in der Schule etc.) besteht, verlagert also in ihrer eigentlichen Domäne, in der Provinz Posen, vollständig. Hier ist die polnische Bevölkerung gegenüber der Deutschen in andauerndem Wachsen begriffen, was bei dem allgemeinen Rückgang der polnischen Bevölkerung ein deutliches Warnungszeichen dafür ist, wie man das Polentum nicht bekämpfen darf, wenn man auf Erfolg rechnen will.

Dieses Wachstum der Polen in Posen und Schlesien ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß auch die Polen an dem allgemeinen Zug vom Osten nach dem Westen stark beteiligt sind. Es drückt sich das in einem starken Anwachsen der polnischen Bevölkerung in den westlichen Provinzen aus; in Hannover sind die Polen von 1890 bis 1900 von 5513 auf 10 633 (von 0,2 Proz. auf 0,4 Proz.) gestiegen, in Rheinland von 5685 auf 25 455 (von 0,1 Proz. auf 0,4 Proz.), und in Westfalen gar von 24 207 auf 91 497 (von 1,0 Proz. auf 2,9 Proz.). Sie bevorzugen besonders die industriereichen Bezirke, und wir haben in Westfalen bereits vier Kreise, in denen sie mehr als 5, ja zwei, in denen sie über 10 Proz. der Bevölkerung bilden, nämlich Landkreis Dortmund, in welchem sie von 2,4 Proz. auf 7,3 Proz. angewachsen sind, Landkreis Bochum (von 3,9 Proz. auf 9,1 Proz.), Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen (von 7,4 Proz. auf 11,7 Proz.), Kreis Recklinghausen, wo sie die höchste Vermehrung, von 5,0 Proz. auf 13,8 Proz. aufwiesen.

Trotzdem dürfte gerade hier die Gefahr einer Polonisierung am geringsten sein; vor allem ist dafür zu sorgen, daß die Polen in diesen Industriebezirken nicht als Lohnrührer auftreten, sondern die üblichen Löhne verlangen und sich an die höhere Lebenshaltung der fortgeschrittenen deutschen Arbeiter gewöhnen, dann wird die Vermischung beider Nationalitäten sehr bald erhebliche Fortschritte machen.

In ihrer Heimat werden die fortziehenden Polen zum Teil durch Ausländer ersetzt, die sich unsern Jüngern zu noch billigeren Löhnen anbieten und deshalb von uns bevorzugt werden, um der „Begehrlichkeit“ der ostelbischen Landarbeiter entgegenzutreten zu können. Bekanntlich bezeichnen sie das als „nationale Politik“ und „Stütz der nationalen Arbeit“. Ganz klar kommt diese vortreffliche Stärkung des Volkstums in den statistischen Zahlen nicht zum Ausdruck, weil die Volkszählung im Winter vorgenommen wird (1. Dezember), zu welcher Zeit viele Tausende von Russen, Tschechen und andern Ausländern, die im Sommer in Deutschland gearbeitet haben, in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Nur die wenigsten lassen sich dauernd in Ostelbien nieder. Trotzdem haben wir Kreise, in denen diese fremdsprachige Bevölkerung sehr stark geworden ist und bereits mehr als den 20. Teil der Bevölkerung ausmacht. Die Kreise Glatz und Streblen in Schlesien haben eine tschechische Bevölkerung von 8,1 Proz. und 8,6 Proz. der Einwohner, die ebenfalls schlesischen Kreise Leobschütz und Ratibor eine mährische Bevölkerung von 10,7 Proz. und 33,9 Proz.; in letzterem, der auch 43,7 Proz. Polen enthält, bilden die Währen bereits mehr als den dritten Teil der Einwohner, während an Deutschen wenig mehr als ein Fünftel vorhanden ist.

Nicht so stark wie Währen und Tschechen, haben sich Italiener, die ebenfalls vielfach als Lohnrührer und Streikbrecher ins Land gerufen werden, dauernd in Deutschland niedergelassen; nur in einem einzigen Kreis beträgt ihre Anzahl mehr als 5 Proz. der Bevölkerung, nämlich in dem lothringischen Kreise Diedenhofen, der neben 20,8 Proz. Franzosen, 9,5 Proz. Italiener beherbergt. Ihre absolute Zahl in Elsaß-Lothringen beträgt 18 750. Mehr als 1000 sind auch im Großherzogtum Hessen vorhanden, 2126 im Königreich Sachsen, 3755 in Württemberg, 7744 in Bayern und 9483 in Baden. In Preußen zählte man in Oester-Rassau 2272 Italiener, in Westfalen 4387, in Rheinland 8574; das ganze Königreich enthielt 21 750 Italiener gegen 5252 im Jahre 1890; die italienische Bevölkerung in Preußen hat sich in diesen 10 Jahren also vervierfacht;

eine ähnliche Zunahme ist wohl auch für das Reich anzunehmen, in welchem im ganzen 65 961 Italiener gezählt wurden. Es sind das etwa ebenso viel als Wäheren, von denen 64 382 vorhanden waren. Davon in Preußen allein 64 242 gegen 57 202 im Jahre 1890; auf Schlesiern entfielen davon 60 517.

Während die mehrfache Bevölkerung also wesentlich in Schlesiern liegt, ist die tschechische ebenso wie die italienische mehr im Reich verteilt; von den 43 016 im Reich gezählten Tschechen wohnten 5000 in Bayern, 9431 im Königreich Sachsen und nur 24 940 in Preußen (gegen 16 867 im Jahre 1890); die tschechische Einwanderung in Preußen ist also nicht so stark wie die italienische, aber stärker wie die tschechische. Die letztere trat wesentlich Schlesiern allein, nur in Westfalen sind auch 1127 Wäheren angetroffen. Von Tschechen dagegen wurden in Schlesiern nur 15 396 gezählt, dafür aber in Westfalen 2462, in Rheinland 1835, in Berlin 1411, in Brandenburg 1156.

Das abfällige Urteilsvermögen dieser gegenüber der deutschen Mehrzahligen Bevölkerung seitens unserer Kapitalisten, um die Arbeiter niederzuhalten, ist antinational und kulturfeindlich; die international gestimmte sozialdemokratische Arbeiterpartei muß dafür sorgen, daß diese fremden Elemente auf eine höhere Stufe gehoben werden und sich in ihrer Heimat — nur die wenigsten lassen sich ja dauernd hier nieder — zu Aposteln der Befreiung der Arbeit, zu Predigern des Sozialismus entwickeln. Was in kulturfeindlicher Absicht unternommen, wird dann in kulturförderndem Sinne wirken.

Partei-Nachrichten.

Lebensliste der Partei. In der Nähe von Weihenfeld verunglückte auf einer Radtour nach Leipzig der Metzger der Erfurter „Tribüne“, Genosse Franz Schirmer. Der Verlorne war lange Jahre in Leipzig in der Partei tätig und dürfte den dortigen Genossen noch sehr gut bekannt sein. Seinen achtstägigen Sommerurlaub wollte er dazu benutzen, um sich zu erholen und seinen Verwandten und Freunden in Leipzig einen Besuch abzustatten. Nun ist der kaum 40jährige Kämpfer für unsere Ideen dahin, seine Genossen in Erfurt und Leipzig werden ihm aber ein dauerndes Andenken bewahren.

Sociales.

Einen schweren Kampf um sein Recht hatte der Dreher Emil F. gegen die Norddeutsche Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft zu führen. F. verunglückte am 21. August 1901 dadurch, daß er beim Abheben Supports von der Drehbank ausglitt und mit dem Brustkasten auf den Support aufschlug. Trotz der beständigen Schmerzen arbeitete er bis zum 2. September weiter. Dann mußte er den Arzt aufsuchen. Herr Dr. Weyl, in dessen Behandlung er sich begab, nahm „Konfusion des Körpers durch Unfall“ an. Nach einiger Zeit nahm F. trotz großer Schmerzen aus Not die Arbeit wieder auf, blieb aber in ärztlicher Behandlung, und zwar vom 31. Dezember an bei Dr. Jäger. Dieser erklärte, es bestehe ein durch den Sturz hervorgerufenes Herzleiden. Die Vereinsgenossenschaft übernahm die Behandlung und F. wurde in die Charité geschickt, wo er vom 8. Februar bis 29. März war. Unterdes wurden jedoch die Rentenansprüche des F. abgewiesen, nachdem ein neues Gutachten des Dr. Jäger, das die Vereinsgenossenschaft forderte, den Zusammenhang zwischen dem Herzleiden und dem Unfall bestritt. Es liege „Baldedonische Krankheit“ vor, die dem F. unbekannt, schon vor seinem Unfall bestanden habe. F. legte nun durch Vermittlung des Arbeitersekretärs L. Verfassung beim Schiedsgericht ein und betraf sich auf ein Gutachten des Stabsarztes Dr. Eimer, der ihn in der Charité behandelt hatte. Dieser Arzt sagte in seinem Gutachten, daß zwar bei F. Veranlassung für Herzentzündung und Herzklappenbestanden habe, daß aber sein gegenwärtiges Leiden mit gewöhnlicher Wahrscheinlichkeit durch den Unfall hervorgerufen worden sei. Die Erwerbsunfähigkeit schätzte er auf 66 2/3 Proz. Die Vereinsgenossenschaft beantragte Einholung eines Obergutachtens und das Schiedsgericht hörte den Professor Dr. Körte. Dieser erklärte zwar, daß für die Annahme der Baldedonischen Krankheit keine Symptome vorliegen, daß aber der Zusammenhang zwischen dem bestehenden Leiden und dem Unfall wohl möglich, aber nicht wahrscheinlich sei. Die Erwerbsunfähigkeit schätzte er gleichfalls auf 66 2/3 Proz. Unter Berufung auf dieses Gutachten wies das Schiedsgericht die Klage ab. F. wandte sich an das Reichs-Versicherungsamt und brachte von der Charité-Direktion eine Bescheinigung herbei, wonach der verstorbene Geh. Medizinalrat Professor Dr. Gerhardt in einem öffentlichen Vortrage vor einem Auditorium unter Anwesenheit F.s sich über den Krankheitsverlauf, insbesondere über den Zusammenhang des Leidens mit dem Unfall in demselben Sinne wie Dr. Eimer ausgesprochen und die Arbeit (das Gutachten) als eine vorzügliche wissenschaftliche Bezeichnung hatte. Der Senat unter Vorsitz des Geheimen Rats Fiebigler beschloß ein Obergutachten einzufordern. F. wurde dann dem Herrn Professor Dr. Goldscheider (Moabiters Krankenhaus) zur Beobachtung überwiesen. Nach siebenwöchiger Beobachtung wurde F. entlassen. Herr Professor Dr. Goldscheider spricht sich in seinem umfangreichen Gutachten dahin aus, daß der Unfall die bestandene Herzentzündung wesentlich verschlimmert habe und der ursächliche Zusammenhang mit dem Unfall somit gegeben sei. Die Erwerbsunfähigkeit schätzte auch dieser Gutachter auf 66 2/3 Proz. Der Senat des Reichs-Versicherungsamts unter Vorsitz des Geh. Regierungsrats Graef, vor dem die Sache in einem zweiten Termin verhandelt wurde, folgte dem Gutachten des Professors Dr. Goldscheider und verurteilte die Norddeutsche Eisen- und Stahl-Vereinsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente von 66 2/3 Proz. seit dem 21. November 1901 und Erstattung der Kosten für das Gutachten von Dr. Eimer.

Dieser circa anderthalbjährige Kampf um die Unfallrente, den hier ein unglücklicher Mensch führen mußte, wirft ein helles Licht auf die bestehende Sozialreform. Was nicht einem Unglücklichen die schönste soziale Fürsorge, wenn er anderthalb Jahre streiten muß, ehe er etwas bekommt. Unterdes hätte er längst verhungert sein können. Sein Herzleiden ist in diesem Kampfe jedenfalls nicht gemindert worden. Der Fall ist ein dringender Beweis für die Notwendigkeit einer einheitlichen Versicherung für jede Art Erwerbsbeschränkung, gleichviel wodurch sie hervorgerufen ist.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat von einem Sonderauschuß, bestehend aus dem Vorstande und den Professoren Wilhelm Geb, Karl Fränkel und Jadasohn ein Merkblatt ausarbeiten lassen, nach Art der Merkblätter über Tuberkulose, Typhus, Malaria, wie sie vom kaiserlichen Gesundheitsamte und anderen Staatsbehörden herausgegeben worden sind. Das neue Merkblatt enthält in knapper Form eine sehr übersichtliche und eindringliche Belehrung über Wesen und Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Es soll in Tausenden von Exemplaren an Studierende, Klassen, Vereinsgenossenschaften usw. verbreitet werden; insbesondere soll es auch durch Vermittlung der Ärzte, Kammeren aller deutschen Ärzte gehen, damit diese es ihren Patienten bei passender Gelegenheit einhändigen. Die Befreiung steht demnach bevor; auf Erlauchen wird das Merkblatt von der Geschäftsstelle der Gesellschaft (Berlin W., Potsdamerstr. 20) Interessenten zugestellt.

Arbeitsverhältnisse in der belgischen Spinnindustrie. Das belgische Arbeitsamt, das bereits eine Reihe von Untersuchungen über die Heimarbeit veröffentlicht hat, publiziert in der Folge die Ergebnisse einer Enquete über die Spinn- und Stückerindustrie in Belgien, welche von M. Pierre Verhaegen geleitet worden ist. Mit Ausnahme der Provinz von Västisch ist die Spinnindustrie in ganz Belgien verbreitet, namentlich in Flandern, wo allein 43 740 Personen — von 47 571 Spinnarbeitern und Arbeiterinnen in Belgien — in dieser Industrie tätig sind. Die Industrie ist eine dezentralisierte Verlagsindustrie, die zwischen den Händler und Arbeiter den Verleger schiebt, dessen Rolle zumeist eine Frau oder ein Kloster spielt, in deren Dienst die Arbeiterinnen nur geringe Stüdlöhne erhalten. Die Arbeitszeit der Heimarbeiterrinnen beträgt in

der Regel 12—13 Stunden. Im Sommer ruht diese Arbeit oft, da die Frauen und Mädchen häufig mit Feldarbeit beschäftigt sind. Nur den regulären Spinnarbeiterrinnen befallen sich auch viele Frauen und Mädchen nebenher mit dieser Arbeit, der sie fünf bis sechs Stunden im Tag widmen. Die Heimarbeiterrinnen erhalten für eine 12—13stündige Arbeitszeit ungefähr 60 Centimes für gewöhnliche Spinnarbeit und 1,25 bis 1,85 Franc für reicher angeführte Spinn. Allstückerinnen verdienen monatlich 1,20 bis 1,80 Fr. per Tag. In Brüssel existieren auch Fabriken, in denen die Spinnindustrie centralisiert erscheint; in diesen wird 10 bis 12 Stunden täglich gearbeitet und stellen sich die Löhne etwas höher, nämlich bis 2 Fr. täglich inklusive Mittagessen oder in größeren Ateliers bis auf 2 1/2 Fr.

Arbeitsjahr in Japan.

Die japanische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt zum Schutze der jugendlichen und weiblichen Arbeiter, der jedoch kaum den Namen eines Schutzgesetzes verdient. Erstens soll sich das Gesetz nur auf solche Betriebe beziehen, die mehr als 30 Personen beschäftigen, so daß er nur den geringsten Teil der Arbeiter treffen wird. Das Schutzesetz für Kinder wird auf 11 Jahre festgesetzt mit der außerordentlich langen Uebergangsfrist von zehn Jahren. Das Alter, bis zu welchem jugendliche Schutze gelten sollen, ist auf 16 Jahre festgesetzt. Diese sowie die Frauen sollen nicht zwischen 10 Uhr nachts und 4 Uhr morgens beschäftigt werden, doch wird diese Regel durch verschiedene Ausnahmen durchbrochen, deren wichtigste der Fall des Schichtwechsels ist, für welchen für diese Kategorien von Arbeitern lediglich eine Maximalarbeitszeit von zwölf Stunden und eine zweitägige Ruhepause nach je 14 Tagen vorgehoben ist. Und auch hier wird eine Uebergangsfrist von zehn Jahren eingeplant. Als Endziel ist die Einführung des zwölfstündigen Maximalarbeitstages für diese Personen vorgehoben. Für die Arbeiter enthält der Entwurf einige für Krankheit oder Unfall gültige Bestimmungen. In Japan fehlt bisher sowohl eine Kranken- wie Unfallversicherung. Nach dem Entwurf wird der Unternehmer verpflichtet, bei Erkrankung von Arbeitern, welche in den der Unternehmung gehörigen Arbeiterhäusern wohnen, drei Monate hindurch für diese zu sorgen und im Sterbefall die Beerdigungskosten zu tragen. Bei Unfällen wird der Unternehmer verpflichtet, die Ausgaben für ärztliche Behandlung und Ernährung des Patienten, ferner wenigstens den halben Lohn weiterzugeben, wenn die Arbeitsunfähigkeit länger als fünf Tage dauert. Bei ganzlicher oder teilweiser Arbeitsunfähigkeit für Lebenszeit soll dem Arbeiter der Lohn höchstens für zwei Jahre, keinesfalls aber mehr als 250 Yen (500 M.), im Falle des Todes soll den Angehörigen des Getöteten höchstens der Lohn für anderthalb Jahre bis zu 200 Yen (400 M.) und an Begräbniskosten höchstens 20 Yen (40 M.) gegeben werden.

Aus Industrie und Handel.

Jahresabschluss der Deutschen Genossenschaftsbank. Als im vorigen Jahre das Direktorium sich genötigt sah, verschiedene Reformvorschläge zu stellen, wurde zugleich das Geschäftsjahr, das früher mit dem Kalenderjahr zusammenfiel, auf die Zeit von Juli bis Juli verlegt. Für das am 1. Juli abgelaufene letzte Geschäftsjahr wurde am Mittwoch in der Aufsichtsrats-Sitzung der Abschluß vorgelegt, der einen Reingewinn von 1 573 495 M. aufweist.

Im einzelnen legt sich der Gewinn für 1902/03 folgendermaßen zusammen: Zinsen-Conto 1 422 574 M., Disconto-Conto 505 496 M., Provisions-Conto 503 143 M., Effekten-Conto 215 910 M., Conto für Beteiligungen 123 902 M., Dividenden-Conto 27 504 M., Coupons- und Sorten-Conto 12 276 M., Speise- und Kasse-Conto 31 341 M., zusammen 2 932 145 M. Die Ausgaben betragen auf Zinsen-Conto 904 887 M., Handlungsunkosten 748 663 M.; für Abschreibungen auf Immobilien u. werden 5100 M. verwendet. Es bleibt also ein Gesamt-Saldo von 1 573 495 M.

Die Bilanzfiguren stellen sich im Vergleich zum vorjährigen Abschluß, wie folgt:

	Activa.	1903	1902
Kassa-Conto		3 180 666,22	3 010 201
Wechsel-Conto		18 141 895,57	18 250 827
Debiten-Conto		325 605,07	377 131
Effekten-Conto:			
eigene	M. 5 151 673,80		
reportierte	3 802 276,98		
auszuliefernde	308 394,11		
	M. 9 152 344,89		
abzunehmende	408 552,80	8 635 792,09	7 206 584
Debitoren:			
a) Genossenschaften	M. 9 430 012,83		
b) do. Giro-Conto	1 160 895,18		
c) andre	84 978 764,59	45 576 672,60	1 582 532
		49 188 017	
Conto für Beteiligungen		3 382 122,82	3 848 071
Grundstücke:			
a) Bankgebäude in Frankfurt a. M.	M. 784 900,—		
b) andre Immobilien	365 000,—	1 066 900,—	1 403 300
Umschillen-Conto		19 450,—	—
Aufgeld-Conto für zurückgekauft Aktien		120 000,—	—
	Passiva.		
Kapital-Conto		30 000 000,—	3 000 000
Reservefonds-Conto		2 109 500,—	2 000 000
Aktien-Rücklaufs-Conto		6 120 000,—	—
Kreditoren:			
a) Genossenschaften	M. 6 248 010,81		
b) do. Giro-Conto	7 227 318,27		
c) andre	15 366 463,51	28 841 790,50	6 738 484
		33 523 728	
Accept-Conto	M. 9 940 640,35		
Kval-Conto	1 328 524,—	11 267 178,38	16 066 474
Disconto-Conto, überhod. Diskont.		91 482,20	—
Hypotheken-Conto		450 000,—	—

Von dem Reingewinn sollen nach dem Vorschlage der Direktion 120 000 M. entsprechend dem Beschluß der vorjährigen Generalversammlung zur Tilgung des Agios auf zurückgekauft 6 Millionen Mark verwendet, 50 500 M. der ordentlichen Reserve überwiesen, 100 000 M. auf Debitoren zurückgestellt und 56 000 M. für Gratifikationen und Zuweisung an den Beamtenversicherungsfonds verwendet werden.

Ein Urteil über die Bilanz ist, bevor nicht der Geschäftsbericht nähere Angaben über verschiedene Bilanzposten bringt, kaum möglich; doch kann der Eindruck, den die Bilanz erweckt, nicht gerade als günstig gelten. Zwar hat das Debitoren-Conto eine Entlastung erfahren, aber der Rückgang entfällt fast ausschließlich auf Genossenschafts-Debitoren, während andererseits das Effekten-Conto um circa 1,4 Millionen Mark angewachsen, darunter die eigenen Effekten um ungefähr 435 000 M. Auch die Genossenschafts-Kreditoren haben, obgleich die Bank bekanntlich im Vorjahr ankündigte, sich wieder mehr der Pflege des Genossenschaftswesens zuwenden zu wollen, nicht zu, sondern abgenommen. Es muß demnach doch wohl mit der Rückkehr in die sogen. alten Bahnen hapern.

Der Generalversammlung soll zugleich ein Statutenentwurf zur Beschlußfassung über die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft unterbreitet werden.

Ueber den Saatensand in Russland. Die Ernteausichten in Russland, welche nach dem Stande vom 3. Juli d. J. auf einen günstigen Ertrag hindeuten, haben in letzter Zeit Privatmitteilungen zufolge vielfach eine Abwärtsbewegung erfahren. Die glänzenden Ausichten im beiderseitigen Wolgaregion werden nicht mehr aufrecht erhalten. Der Roggen ist im Gouvernement Saratow infolge der Dipe frühzeitig trocken geworden und verspricht nur noch einen mittelmäßigen Ertrag. Die Weizen lauten die Meldungen noch un-

günstiger. Im Gouvernement Samara sind die Ausichten der Weizenerte noch schlechter als in Saratow; Roggen wird dort wenig gebaut. Ueber den Saatensand in den Gouvernements Kostroma, Moskau, Tula, Tambow und Jaroslaw lauten die neueren Nachrichten in derselben Weise ungünstig.

Eisenproduktion und Eisenhandel Großbritanniens im Jahre 1902. Nach dem Jahresbericht der „British Iron Trade Association“ gestaltete sich die Eisen- und Stahlgewinnung Großbritanniens im Jahre 1902 bedeutend günstiger als im Vorjahr. Die Ausbeute an britischen Roheisen stieg von 7 351 830 Tonnen auf 8 517 603 Tonnen, die Erzeugung von Puddelblech steigerte sich von 974 385 Tonnen auf 988 278 Tonnen, und an Bessemerblech wurden 1 825 779 Tonnen gegen 1 606 233 Tonnen im Jahre 1901 produziert. Auch die Ausfuhr von Eisen, Stahl, Maschinen und dergleichen hat eine wesentliche Steigerung erfahren.

Demgegenüber hat sich die Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl, und zwar hauptsächlich infolge der verminderten Tätigkeit im Bau von Schiffen und der ungenügenden großen Zufuhr an deutschem Eisen und Stahl, von 3 290 701 Tonnen im Jahre 1901 auf 3 083 288 Tonnen im Jahre 1902 vermindert. Der Bau von neuen Rauffahrtsschiffen sank von 1 709 088 Register-Tonnen für 1901 auf 1 619 940 Register-Tonnen im letzten Jahr.

Die britische Einfuhr von Eisen und Stahl stieg von 923 677 Tonnen im Jahre 1901 auf 1 088 705 Tonnen im Jahre 1902. Umfangreicher gestaltete sich gegenüber 1901 die Ausfuhr von Eisen und Stahl nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Lage des britischen Eisenmarktes wurde durch die erhöhten Zufuhren von Eisen, Stahl und Maschinen aus Deutschland nicht unwesentlich beeinflusst. Sie erreichten eine Menge von 825 901 Tonnen gegen 749 194 Tonnen im vorhergehenden Jahre. Das Hauptgeschäft machte Deutschland in Stahlblöcken, Gießeis, Barren und Walzdraht, d. h. in Rohmaterialien und Halbfabrikaten für die britische Fertigstahl-Industrie. In demselben Umfange wie die Nachfrage der britischen Fabrikanten von Ländern, Völkern, Platten und Draht nach deutschen Rohmaterialien zunahm, verminderte sich die einheimische Fabrikation. Die Zufuhr beeinflusste insbesondere die Siemens-Martin-Stahlwerke im nördlichen England, in Schottland und Südwales. Die britischen Fabrikanten waren nicht im Stande, ihre Waren so billig aus einheimischen Materialien zu verfertigen wie aus den deutschen. In Einzelstücken betrug der Preisunterschied über 20 Schilling pro englische Tonne. Einige große Verbraucher von Roheisen haben sogar ihre eignen Hammerwerke außer Betrieb gesetzt und deutsches Material angekauft, weil sie die Halbfabrikate nicht so billig herzustellen vermochten wie sie die deutschen erlangten.

Der Jahresbericht ist recht lehrreich. Er zeigt, welche enormen Preisunterbietungen sich die deutschen Roheisen- und Halbfabrikat-Exporteure auf dem englischen Markt geleistet haben, und zugleich, in welchem Maße dadurch die deutsche Ausfuhr von Fertigfabrikaten nach England geschwächt und die englische Fabrikation solcher Fertigwaren gehindert worden ist.

Verfammlungen.

Der Verband der Bäcker hielt am Dienstag, den 4. August, eine öffentliche Versammlung in Kellers großem Saale, Koppenstraße, ab, zu welcher der Polizeipräsident von Berlin sowie die Gewerbe-Deputation des Magistrats und die Vorstände beider Innungen brieflich eingeladen waren. Nicht einer der Geladenen war erschienen, noch hatte einer in irgend welcher Form sein Nichterscheinen begründet. Dies konnte jedoch die Versammlung nicht hindern, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Gehlhold als Referent wies in einer 1 1/2stündigen Rede besonders darauf hin, daß die von den Meistern geplante Errichtung eines Central-Arbeitsnachweises des Germania-Verbandes weiter nichts als ein Streifbrot-Verbandbureau sei, was sowohl gegen die guten Sitten verstoße als auch dem Sinne der Innungs-Verfassung, wie ihm das Gesetz von 1867 Ausdruck giebt, strikte zuwiderlaufe. Uebrigens müßte der Reichsanwalt als höchste Instanz eine derartige Errichtung ablehnen resp. ablehnen. Die Versammlung nahm eine diesbezügliche Resolution einstimmig an. Zum Punkt 3 der Tagesordnung referierte Barth. An der Hand neuerdings aufgenommener statistischer Erhebungen stellte er fest, daß sich die Zahl der Lehrlinge seit dem Jahre 1900 geradezu verdreifacht hat. Er wies nach, daß im Jahre 1900 von 18 1/2 Proz. der antwortenden Betrieben 112 Lehrlinge, im Jahre 1903 von 87 Proz. der antwortenden Betriebe 739 Lehrlinge beschäftigt wurden. Noch schlimmer stellt sich das Verhältnis, wenn die Zahl der Gezellen jener Betriebe mit der der Lehrlinge verglichen werde. 1900: 1159 Gezellen, 112 Lehrlinge, knapp 10 Proz.; 1903: 2915 Gezellen, 739 Lehrlinge, also über 25 Proz. Nachdem noch verschiedene interessante Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte mit einem stürmischen Hoch auf den Verband Schluß der Versammlung.

In der Versammlung des Vereins der Bauanschläger Berlin und Umgegend, die am 2. August stattfand, wurden 20 Kollegen aufgenommen. Von den 350 ausgesandtenzetteln zu der Abstimmung liefen 244 Stück ein, wovon 161 für, 80 gegen den Anschluß an einen Centralverband waren; 3 Zettel waren ungültig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 6. August. (B. Z. B.) Von dem Badegast Hoyer, s. h. e. u. s. Hamburg sind heute nachmittag nördlich von Gedeonsand einige Wagen entgleist. Personen sind nicht ums Leben gekommen, doch sollen einige leichtere Verletzungen festgestellt sein.

Konstantinopel, 6. August. (B. Z. B.) Der „Frankf. Jg.“ wird aus Konstantinopel telegraphiert: Der Vice-Admiral Bendit Pascha und Komter-Admiral Abi Pascha von der kaiserlichen Flotte wurden unter dem Verdachte, aus dem Arsenal zwei Kanonen entwendet zu wollen, verhaftet und mittels Specialschiffes nach Hemen gebracht.

Neapel, 6. August. (B. Z. B.) Heute endete hier der Prozeß gegen den früheren Deputierten Casale, den früheren Bürgermeister Summone und zahlreiche Mitangeklagte wegen Unterschlagungen im Amte und zum Schaden der Gemeinde Neapel begangener Verbrechen. Casale und Summone wurden je zu 3 Jahren und 1 Monat Gefängnis, 1000 Lire Geldstrafe und einem Jahre Ehrverlust, verurteilt. Elf Angeklagte erhielten 32 bis 2 Monate Gefängnis und beträchtliche Geldstrafen. Sechzehn Angeklagte wurden freigesprochen.

Wien, 6. August. (B. Z. B.) In den Eisenbahnwerkstätten sowie in den privaten Maschinenbau-Werkstätten ist die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen; in einigen Druckereien wurde die Arbeit ebenfalls eingestellt. Bei dem Wahnwahn suchte eine Arbeitermenge den Bahnverkehr zu unterbrechen; nach erfolgloser Aufforderung zum Auseinandergehen gingen Kollisionen gegen die Menge vor und schossen; es gab Tote und Verwundete.

In Vatikan ist die Arbeit in vollem Umfange überall wieder aufgenommen worden; in der Stadt herrscht völlige Ruhe. Dank energischer Maßregeln wurden alle Versuche, die Ordnung zu stören, unterdrückt.

Konstantinopel, 6. August. (B. Z. B.) Aus Erzerum einlaufende Konsularberichte bringen außer alarmierende Meldungen über turkische Einfälle. Der russische Konsul verlangte ein Rosalendement zur Beobachtung des Konsulats und zum Schutze eventuell eintreffender armenischer Flüchtlinge. Die Worte hat den Auftrag gegeben, mit aller Strenge gegen die unbotmäßigen Kurden vorzugehen.

Jafanaka, 6. August. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Einer Nachricht aus Seoul zufolge ist zwischen Russland und Korea ein Abkommen getroffen worden, wonach Russland 200 Acres Land in Jongsampho auf 99 Jahre in Pacht nimmt. Des russischen Befehlshaber Pawloff Eruchen, Telegraphen- und Telefonleitungen in Jongsampho errichten zu dürfen, wurden abgelehnt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Kürschner Berlins und Umgegend ist in ein neues Stadium getreten. Nachdem mit der Kürschnerinnung und dem Verein der Pelzwarenfabrikanten ein Vertrag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts geschlossen ist, sollen nunmehr die aufgestellten Forderungen auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit im hohen Umfang auch in der Hausindustrie durchgesetzt werden.

Von der Vereinigung selbständiger Kürschner und Mägenmacher ist eine schriftliche Erklärung eingegangen, in der sie sich bereit erklärt, mit dem Verbands der Kürschner Berlins und Umgegend auf Grundlage des mit der Kürschnerinnung und den Pelzwaren-Fabrikanten vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Vertrages zu verhandeln, jedoch mit der Mahgabe, daß der zu schließende Vertrag erst mit dem 1. Januar 1904 in Kraft tritt.

Seitens der Arbeiter wurde demgegenüber nachgewiesen, daß den Hausindustriellen ebenso wie den Fabrikanten der gedruckte Tarif schon im Frühjahr überreicht worden ist und sie demnach genügend Zeit hätten, schon längst eine Verständigung herbeizuführen. Von diesen Rednern wurde das Verhalten der Hausindustriellen, die teilweise früher selbst in der Arbeiterbewegung tätig waren, lebhaft kritisiert und behauptet, daß das gemachte Anerbieten nicht im Stande wäre, diesen Ausfall selbst zu tragen.

Die Versammlung erklärte sich schließlich damit einverstanden, daß der Vorfall in Verhandlungen mit der Vereinigung der Selbständigen eintritt, wenn er dazu eingeladen wird. (Der Beschluß, daß am 8. August überall dort die Arbeit niedergelegt wird, wo die Forderung nicht unterschrieben ist, wird davon nicht berührt.) — Im übrigen soll eine recht regge Agitation im Interesse der Bewegung entfaltet und namentlich von Arbeitsjüngern nur der Arbeitsnachweis, Wendelsohnstr. 9, Restaurant Marquardt, benutzt werden.

Eine Lohnbewegung der Metallarbeiter steht anscheinend bevor und zwar bezweckt diese eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die ganze Branche von Berlin und den Vororten durch Abschluß eines Tarifvertrages mit den Unternehmern. In der am Mittwoch abgehaltenen Branchenversammlung entwidelte der Bevollmächtigte Cohen in einem Referat den Gedanken der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit von Tarifverträgen und kam zu dem Schluß, daß auch die Organisation der Metallarbeiter bereits fast genug sei, nämlich den Arbeitern der Bauindustrie, Verträge dieser Art mit den Unternehmern abzuschließen und sich dadurch ein Mitbestimmungsrecht über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu sichern.

Die Arbeiter der Hoesche Maschinenfabrik nahmen am Mittwoch in einer Versammlung den Bericht der Kommission entgegen, die kürzlich von ihnen beauftragt war, wegen Abschaffung der Ueberstundenarbeit bei der Betriebsleitung vorstellig zu werden. Der Kommission ist die Antwort geworden, daß die Ueberstunden nach Möglichkeit eingeschränkt werden sollen, doch falls solche nötig seien, könne der dafür geforderte Lohnzuschlag von 25 Prozent nicht gewährt werden, weil dies in anderen Betrieben ebenfalls nicht üblich wäre.

Kurbelstickerinnen und Sticker! Der Streik bei Gontjowski, Pallshadenstr. 47 ist beendet, da die Forderungen der Kollegen bewilligt worden sind.

Zu dem Streik der Leitergerüstbauer bei der Firma Gutsche in Friedenau ist zu berichten, daß sich am Donnerstag die Schlichtungskommission unter Vorsitz des Herrn Gewerbegerichts

De Viseur mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Nachdem der Vertrauensmann Schmolze der Kommission Ursache und Verlauf des Streiks kurz klar gelegt hatte, wurde seitens der Kommission darauf hingewiesen, daß die Arbeiter nicht korrekt gehandelt hätten, da dieselben erst nach Niederlegung der Arbeit die Kommission anriefen. Die Arbeiter entschuldigten ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf die dringende Gefahr für Leben und Gesundheit, welche dadurch, daß ihnen der sechste Mann in der Kolonne nicht bewilligt wurde, für sie entstanden war.

Deutsches Reich.

Differenzen bei der Firma Carl Zeiss in Jena. Auch bei der Firma Carl Zeiss in Jena, in dem „Musterbetrieb“, zeigt es sich, daß es auf dem Boden der modernen Gesellschaftsordnung nicht ohne Konflikte zwischen Kapital und Arbeit abgehen kann, die ihre Ursache nicht in dem Uebelwollen eines Einzelnen, sondern in der kapitalistischen Produktionsweise haben, und ebenso auch nicht beseitigt werden können durch das Wohlwollen Gutmeinender, sondern durch Umwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische. In Jena ließ es schon längere Zeit, bei Zeiss ständen größere Arbeiterentlassungen bevor; die Gerüchte haben leider eine Bestätigung gefunden. Es sind in der letzten Woche, wie die „Thüringer Tribüne“ berichtet, etwa 70 Optiker und Hilfsarbeiter mit der lange gestrichelten Kündigung bedacht worden.

Das ganze Uebel liegt, wie unser Erfurter Parteiblatt schreibt, im Accordsystem. Schon die Thatsache, daß durch Einführung der achtstündigen Arbeitszeit die Produktion nicht zurückgegangen, sondern sich vielmehr gehoben hat, beweist dies. Die Arbeiter spannten ihre Kräfte um so intensiver an und die Leistungen der neunstündigen Arbeitszeit wurden übertroffen. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden, verbunden mit einer Verdiensteinschränkung, vermehrte das Gleichgewicht zwischen Abfall und Produktion nicht herzustellen. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit hielt man nicht im Interesse beider Teile liegend, so folgte die Entlassung. Accordarbeit bleibt Vordarbeit. Durch intensive Anspannung aller Kräfte wird der Arbeiter nicht bloß früher arbeitsunfähig, er vernichtet, wie hier wieder einmal bewiesen, seine eigene Existenz. Trotzdem der Umsatz gestiegen, werden Arbeiter überflüssig, das Heer der Lohnbedürftigen um 70 vermehrt!

Freilich stehen die entlassenen Zeiss'schen Arbeiter immer noch besser da, als die in irgend einem anderen Betrieb. Nach dem Statut erhält jeder, der mindestens drei Jahre im Stiftungsbetriebe beschäftigt ist und ohne sein Verschulden den Betrieb verlassen muß, für 6 Monate Lohn. Seit dem 1. April d. J. erhält aber schon jeder, der mindestens sechs Monate im Betriebe beschäftigt ist, einen Betrag, der den 6. Teil der abgelassenen Dienstzeit ausmacht. Wer z. B. einen Jahresverdienst hinter sich hat, erhält, wenn er natürlich ohne sein Verschulden den Betrieb verlassen muß, einen Betrag, der zwei Monaten Lohn gleichkommt.

Wie uns ein Privattelegramm aus Jena meldet, ist es aus Anlaß der Kündigungen zu einem Konflikt zwischen Arbeiterausschuß und Geschäftsleitung gekommen. Sämtliche 58 Mitglieder des Arbeiterausschusses haben ihre Ämter niedergelegt.

Raurer, weidet Stendal. Die Unternehmer, welche dort wie anderwärts ihre Leute ausgesperrt haben, setzen alles daran, für die Aussperrten von auswärtig Ersatz herbeizuschaffen. Das muß ihnen berechtigt werden.

Rassenverurteilungen wegen angeblicher Vergehen gegen die §§ 162 und 163 der Gewerbe-Ordnung erfolgen jetzt nach Aufhebung der Aussperrung in Jena. Am Mittwoch wurde der Feilenhauer Lohse dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Er soll zu einem Arbeitswilligen „Lump“ gesagt haben. Der Arbeitswillige selbst und zwei Zeugen, die bei dem Vorfall zugegen waren, haben den Ausdruck nicht gehört; nur ein dritter Zeuge will den Ausdruck „Schuft“ gehört haben. Der Vorsitzende meint, ob „Lump“ oder „Schuft“ ist egal; derselben Ansicht war auch der Staatsanwalt und schließlich die Richter, und L. wurde verurteilt. — Der Drahtzieher Heilmann und der Gefährlicher Cloer sollen sich in einer Versammlung abfällig über die „nützlichen Elemente“ geäußert haben. Der frühere Maschinenmeister Madenroth, welcher die Versammlung überwacht hatte, behauptete sehr vernünftig und plausibel: „Er wisse nicht mehr, ob die Angeklagten die inkriminierten Äußerungen gemacht hätten, es könnte ganz gut sein, daß er sich geirrt habe. Denn in einer Versammlung, wo mehr als 2000 Menschen anwesend wären und acht bis neun Referenten sprächen, wäre ein Irrtum ganz leicht möglich.“

Auch die übrigen Zeugen wußten nichts Belastendes beizubringen. Staatsanwaltsvertreter Dr. jur. Schulte führte in seinem Plaidoyer u. a. aus: „Er behaupte sehr, daß Herr Madenroth als früherer Polizeiwachmeister solche unsichere Angaben mache. Er müßte aber trotzdem die Anklage aufrecht erhalten und beantragte gegen Heilmann eine Woche Gefängnis und gegen Cloer zwei Wochen Gefängnis in Anbetracht seiner Vorstrafen.“ Die Verurteilung erfolgte dem Antrage gemäß. Hierauf betritt die Anklagebank der Kettenrichter Hr. Daniel von der Grille bei Herloh, ebenfalls wegen besessenen Vergehens. Ihn traf für die inkriminierte Streifbroscheibeißung auch 1 Woche Gefängnis. Der Arbeitersekretär Limberg, der sich in zwei Fällen verurteilt hatte, war nicht erschienen; das Gericht beschloß seine Vorführung und Verhaftung.

Uebrigens ist es interessant, gerade in diesem Falle die Zusammenfassung des Schöffengerichtes kennen zu lernen. Dieses „Volksgeschicht“ setzte sich zusammen aus dem amtierenden Richter Herrn Amtsrichter Dr. Schweling, neben dem als Schöffen fungierten Herr Rentner Bohne und Herr Hauptmann a. D. Lohbede. Und diesen dem praktischen Leben völlig fernstehenden Herren wurde zugemutet, über im Lohnwaben eines ökonomischen Niesenlampes Arbeitern wirklich etwa entflozene Kraftausbrüche ein vorurteilsfreies Urteil zu sprechen. Wie man aus dem Bericht ersieht, ist es außerdem noch fraglich, ob die aus der aufgeregten Menge der Justiz in die Hände gefallenen, wirklich die Täter sind. Wir hätten auf die vorliegenden Beweise hin nicht gewagt, sie zu verurteilen, und — wenn ihre Schuld wirklich erwiesen war — milder geurteilt.

Wichtig! Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Heine u. Seifert in Hirschberg dauert ununterbrochen fort. Die Firma sucht jetzt durch Agenten Arbeitswillige. Unter anderem ist der Agent Gutichenreuter, Berlin, Wilhelmstraße 25, für die Firma tätig. G. sucht durch Annoncen tüchtige, intelligente Leute, denen an dauernder Arbeit gelegen ist. Obwohl es dem G. gelungen ist, eine ganze Anzahl zu engagieren, haben nur wenige, nachdem sie in Hirschberg den wahren Sachverhalt erfahren haben, angefangen. Wir bitten die Kollegen, insbesondere kommen Former, Dreher, Schlosser in Betracht, obiges zu beachten und bei allen Angeboten, die in dieser oder ähnlicher Weise nach außerhalb gemacht werden, die nötige Vorsicht zu gebrauchen. Bis jetzt sind 6 Streifbroscher zu verzeichnen, davon 4 aus Berlin.

Die Bezirksleitung des Metallarbeiter-Verbandes für Schlesien.

Die Scharfmacher des Tischlergewerbes haben in Frankfurt a. M. weiter beschloffen, bei der Staatsregierung, dem Bundesrat und Reichstag zu petitionieren, daß dem § 163 der Reichs-Gewerbe-Ordnung nachfolgender § 163a angefügt werde: „Berufsvereine und Verbände haften mit ihrem Vermögen den Betroffenen für die von ihren Beamten und Mitgliedern verursachten Verluste und Schädigungen bei Streiks, Aussperrungen, Sperrten und Streikposten.“

Man sollte meinen, die Leute, welche besondere Arbeitsnachweise zum Zweck der Verlosung organisierter Arbeiter zu schaffen suchen, welche Aussperrungen wie die in Kassel und anderwärts inscenieren, hätten alle Ursache, einen solchen Paragraphen zu fürchten. Wenn das nicht der Fall ist, wenn sie solche Bestimmungen in der Gewerbe-Ordnung sogar wünschen, kann dies nur in der für unsre deutschen Gerichte beleidigenden Voraussetzung gelegen, daß solche Bestimmungen nur gegen Arbeiterorganisationen, nicht gegen Organisationen der Unternehmern Anwendung finden würden. Was die Herren zu solchen Voraussetzungen berechtigt, können wir natürlich nicht wissen. Die Vertreter untrer Justiz haben sich jedenfalls gegen solche Annahme bisher sehr scharf gewehrt und wiederholt sozialistische Redakteure, welche das Wort „Klassenjustiz“ in ihrer Zeitung demonstrierten, mit strengen Strafen belegt.

Lokales.

Weitere Forstverläufe. Nicht nur die in unmittelbarer Nähe von Berlin liegenden Wälder, sondern auch die in der weiteren Umgebung der Reichshauptstadt sollen der Art zum Opfer fallen. Dieser Tage ist zwischen dem Forsthaus und einer Privatgesellschaft ein Vertrag zu Stande gekommen, nach welchem 3000 Morgen Wald bei Schmöwitz zur künftigen Erlichung veräußert werden soll. An der Reindorf-Tegeleer Landstraße steht das vor dem Tegeleer Schießplatz befindliche Waldgebiet zum Verkauf. Mit der Niederlegung dieses Waldgebietes, sowie der Schönholzer und Rummelsburger Heide und des Waldgebietes an der Uberspre bei Rieder- und Ober-Schönweide beschwindet innerhalb des Jedupfennig-Tarifs der Eisenbahn das letzte Stück Forst. Mit den Abholungen bei Schmöwitz soll zum Herbst begonnen werden. Wie in der Schönholzer Heide so ist auch hier die Anlage eines Villenortes geplant. Käuferin ist auch hier die Firma Borch u. Co., Berlin, welche gegenwärtig die Schönholzer Heide parzelliert. Die Aufstellungsarbeiten sollen so gefördert werden, daß zum nächsten Frühjahr mit dem Verkauf der Grundstücke begonnen werden kann.

Im Berliner Arbeitshaufe zu Rummelsburg ist die Zahl der Korrigenden, nachdem sie seit dem Frühjahr 1901 plötzlich und bedeutend zugenommen hatte, seit dem Herbst 1902 wieder im abnehmen, aber die Verminderung geht zunächst noch recht langsam von statten. Das erste Vierteljahr 1903 hatte mit einem Bestand von 1061 männlichen und 148 weiblichen Korrigenden abgeschlossen. Bis Ende März 1903 war dann der Bestand auf 1405 Männer und 148 Weiber gestiegen, und der Sommer 1902 hatte bis Ende September eine weitere Vermehrung auf 1873 Männer und 172 Weiber gebracht, so daß in nur anderthalb Jahren die Zahl der Männer um 611 (= 58 Proz.), die der Weiber um 26 (= 18 Proz.) zugenommen hatte. Durch den Rückgang, der darauf begann, ermäßigte sich der Bestand bis Ende März 1903 auf 1479 Männer und 117 Weiber, aber bei den Männern war diese Zahl immer noch etwas mehr als im Jahre vorher und beträchtlich mehr als vor zwei Jahren. Im zweiten Vierteljahr 1903 ist nun bei den männlichen Korrigenden sogar wieder eine Vermehrung eingetreten, während die weiblichen Korrigenden sich weiter vermindert haben. Der Bestand war Ende Juni d. J. 1578 Männer und 108 Weiber. Es muß abgewartet werden, ob diese erneute Vermehrung der männlichen Korrigenden fortwähren oder eine nur vorübergehende sein wird.

Der Umbau des Rathaus-Kellers wird voraussichtlich nicht vor dem 15. Oktober beendet sein, dagegen wird ein Teil der Räumlichkeiten schon bedeutend früher wieder freigegeben werden können. Ein besonders weitgehender Umbau des Rathaus-Kellers findet in diesem Jahre nicht statt, sondern die Arbeiten werden sich im wesentlichen auf Renovierung der Kreuzbögen, Pfeiler und Wände, sowie der Heizungsanlage und Küchen beschränken. Dagegen werden zwei neue Eingänge angelegt und zwar beide in der Königstraße. Zu diesem Zweck wird das Eisengeländer an der Kellerumgebung durchbrochen. Es ist ferner in Aussicht genommen, zu beiden Seiten der großen Freitreppe in der Königstraße Vorgärten anzulegen. Andere Meldungen entgegen können wir mitteilen, daß gelegentlich der Herstellung der neuen Eingänge Vorarbeiten für die Anlage der Gärten bereits stattfinden, namentlich die Vorgärten selbst erst im kommenden Frühjahr zur Ausführung gelangen sollen.

Das vorjährige Verwelken der Kastanien und Linden wurde auf eine abnorme Baumkrankheit zurückgeführt. Die Ursache der eigenartigen Erscheinung ist jedoch, wie uns aus gärtnerischen Kreisen mitgeteilt wird, auf die außerordentlich frühe Witterung

güchtaufzuführen. Die hohe Temperatur im März hat eine vorzeitige Entwicklung der Pflanzenwelt veranlaßt und bei dem im April eintretenden Frühererfalle weisen zahlreiche Bäume schon junge Blätter auf. Die früheren Blätter vermochten der Kälte keinen Widerstand entgegenzusetzen; sie blieben in ihrer ganzen Entwicklung gehemmt und wurden schon in den Monaten Juni und Juli gelb. Unter der Einwirkung des hohen Temperaturwechsels im Frühjahr ist beispielsweise auch der Kleeber geradlos geblieben, während der Fruchtanfang bei der Klatsche fast gänzlich fehlt.

Der durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Pfarrer Wranzin von der Nazarethkirche-Gemeinde war nach Bekanntwerden seiner Flucht beschuldigt worden, die von ihm verwaltete Kindersparkasse der Sonntagsschule seiner Gemeinde um beträchtliche Summen erleichtert zu haben. Diese Beschuldigung wurde als unzutreffend bezeichnet, aber in den Kreisen der an der Sparkasse beteiligten Eltern wollte nicht überall die Befreiung schwinden, daß das Geld den Kindern doch wohl verloren sei. Inzwischen ist vom Gericht der Nachlaß Wranzins freigegeben worden und mit dem Nachlaß auch die Sparkasse. Die Zweifelsüchtigen haben jetzt Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß alles da ist. Die Einlagen werden den Sparern vom 6. August ab wochentags zwischen 10 und 2 Uhr im Amtszimmer, Nazarethstraße 10a, gegen Ablieferung der Sparbücher ausgehändigt. Einlagen, die bis zum 20. August nicht abgehoben sind, sollen der kirchlichen Armenpflege überwiesen werden. Die letztere Nachricht dürfte die Eltern einigermaßen überraschen. In den Bestimmungen, die den Sparbüchern vorgegedruckt sind, steht kein Wort von einer Konfiszierung nicht abgehobener Spareinlagen zu Gunsten der kirchlichen Armenpflege. Mit welchem Recht will man diese Einlagen konfiszieren? Und warum soll das, wenn man ein Recht dazu zu haben meint, schon 14 Tage nach dem Beginn der Auszahlungen geschehen?

Nicht entführt. Wiedergefunden ist die 15-jährige Verkäuferin Gertrud Kampmann aus der Ruhlandstraße, welche angeblich von einem Ingenieur entführt worden sein sollte. Das Mädchen hatte sich, weil es von der Mutter eine Strafe zu gewärtigen hatte, am Mittwoch voriger Woche heimlich aus der Wohnung entsetzt und Verwandte aufgesucht. Hier suchte und fand die K. Unterkunft, nachdem sie erzählt hatte, daß ihre Eltern verzeihen würden und sie allein in Berlin zurückgeblieben sei. Den wahren Sachverhalt erfuhren die Verwandten erst infolge der Meldung von der Entführung und benachrichtigten sofort die Eltern von dem Aufenthalt der Vermißten. Sie befindet sich jetzt wieder bei ihren Angehörigen.

Der Mächtige Wirtschaftsschreiber, der des betrügerischen Bankrotts beschuldigt wird, war bis vor zwei Jahren in Rußland Ingenieur in einer Zementfabrik. Es wird vermutet, daß er nach Rußland entflohen ist und erbsüchtige Mittel bei sich hat. Erst vor einigen Wochen erhob er auf einer hiesigen Bank eine größere Summe, gab aber nach wie vor seinen Gläubigern ausschließlich wertlose Wechsel. Die Schulden des Entflohenen sind noch nicht festgesetzt, aber nach allem, was schon bekannt geworden ist, ganz bedeutend. Bei der Forderung steht Schröder so tief in der Kredite, daß sie sich weigerte, noch weiter zu liefern. Ein Fuhrer, der die Ausschachtungen besorgte, hat 9000 Mark zu fordern, der Mörtelfabrikant 7000, der Zimmermeister 4000, ein Tischlermeister 3500, ein Holzleger 2500 und ein Sipslieferant 700 Mark. Die Geschädigten sind um so erbitterter, als sie zu wissen glauben, daß Schröder nicht durch Fehlschlag seiner Spekulationen, sondern durch kostspielige Liebhabereien in Schulden geraten sei, während seine Frau, die er aus Rußland mitgebracht hatte, in der Tat einfach und bescheiden lebte.

Dem eignen Wagen überfahren wurde in der Straße Alt-Plaubitz, Ecke Wilsonstraße, der Kutscher eines der Großen Berliner Straßenbahngeheeren, mit Heu und Stroh im Gewicht von ca. 30 Centnern beladenen Wagens. Der auf einem durch ein hervorgezogenes Brett improvisierten Hoch sitzende Kutscher wurde durch die Erschütterung, die das Überfahren eines im Wege liegenden Mauersteines verursachte, herabgeschleudert und geriet mit der rechten Hand unter Vorder- und Hinterrad. Die Hand wurde mehrfach gebrochen und arg zerfleischt. Der Verletzte wurde nach dem Roßdicker Krankenhaus überführt.

Selbstmord eines Soldaten. Im Hofe der Kaserne des IV. Garde-Regiments, Rathenowerstraße, machte ein Soldat einen Selbstmordversuch. Ob die Verletzung tödlich war, vermochten wir bisher nicht festzustellen.

Liebesgram und Stellunglosigkeit haben gestern nachmittag dem 29 Jahre alten Handlungsgehilfen Martin Goldschmidt aus der Stettinerstraße Nr. 50b den Revolver in die Hand gedrückt. Der junge Mann wohnte bei seiner Mutter, die mit einer Tochter ein Porzellangeschäft betreibt. Seit acht Wochen hatte er keine Stellung mehr. Dazu kam, daß ihm eine Verkäuferin, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, absahrieb, wahrscheinlich weil er auch zu andern Mädchen noch in Beziehungen stand. Als seine Mutter und Schwester sich gestern nachmittag um 4 Uhr im Laden befanden, schloß sich der junge Mann in dem dahinter gelegenen Zimmer eine Revolverkugel in die Schläfe. Er stand im Begriff, einen zweiten Schuß auf sich abzugeben, als seine Schwester ihm die Waffe entzieht. Auf eine Verletzung ist jedoch so schwer, daß sie voraussichtlich zum Tode führen wird, da die Kugel in das Gehirn eingedrungen ist. Goldschmidt wurde von seinen Angehörigen einem Krankenhaus zugeführt.

In seinem Bett tot aufgefunden wurde heute morgen der 52 Jahre alte, in einer Auskunftei angestellte Prokurist Robert Birke, der seit vier Jahren von seiner Frau getrennt lebte und in der Hagelsbergerstraße 6 ein möbliertes Zimmer bewohnte. Der sehr reiche Mann war gestern noch zur gewohnten Zeit in seiner Stammkneipe. Als ihm seine Wirtin heute morgen den Kaffee bringen wollte, fand sie ihn tot im Bett liegen. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und zur Feststellung der Todesursache durch gerichtliche Obduktion nach dem Schauhanse gebracht.

Durch einen Schuß in die Schläfe versuchte sich gestern nachmittag der 50 Jahre alte Kaufmann Heinrich Welland am Schiffbauerdamm Nr. 6/7 in seiner Wohnung das Leben zu nehmen. Welland lebte früher in Halle und hatte dort ein Geschäft und ein eigenes Haus. Da er zum Trunk neigte, so ging das Geschäft zu Grunde und mit ihm verlor er auch das Haus. Seit 13 Jahren wohnt die Familie in Berlin, wo eine Tochter an einen Arzt verheiratet ist und die Frau ein Pensionat unterhält. Welland wollte auch hier trotz aller Warnungen und Witten vom Trunk nicht lassen. Dazu hatte er auch noch Verkehr mit leichfertiger Gesellschaft. Als er gestern nachmittag um 5 1/2 Uhr nach Hause kam, lebte er das Essen, das ihm das Mädchen brachte, ab, ging in ein Zimmer und setzte dort bald die elektrische Klingel in Bewegung. Nun fand ihn das Mädchen aus einer Kopfwunde blutend auf einem Stuhle sitzen. Aus einem Revolver, der neben ihm lag, hatte er sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Der Verwundete wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Sorgen um die Zukunft haben den 63 Jahre alten Metalldreher Karl Weßlin aus der Gutmannstr. 8 in den Tod getrieben. Weßlin war 25 Jahre lang in einer Fabrik in der Panitzstraße beschäftigt. Als diese vor einem Vierteljahr verkauft wurde, verließ er die alte Stelle schon nach anderthalb Tagen. Diesen Schritt erklärte er seiner Frau damit, daß die neue Verwaltung ihm schwerere Arbeit angewiesen habe, die er bei seinen Jahren nicht mehr aushalten könne. Seitdem konnte der Mann keine Beschäftigung mehr finden. Jetzt waren seine Ersparnisse aufgebraucht, ohne daß sich für absehbare Zeit eine bessere Aussicht bot. In der Verzweiflung schickte Weßlin gestern nachmittag seine Frau zu einer Verwandten und erhängte sich dann in seiner Schlafkammer am Spiegelhaken.

Verloren. Auf dem Bureau der Reichischen Krankenkasse für gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Neue Friedrichstraße, wurde von dem Drechsler Paul Jacob, Grünauerstr. 28, das Krankentafelbuch für die Drehschleife der Tischler und die Invalidenkarte verloren. Der

Finder wird gebeten, dem Verlierer das Verlorene zustellen zu wollen.

Sängerfest. Am Sonntag, den 9. August, findet in Friedrichshagen, und zwar im Rügelschloß und Strandloß, das zwölfte große Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend statt. Da diese Korporation sich seit langen Jahren einer großen Beliebtheit in allen Kreisen der Arbeiterschaft erfreut, so ist wohl anzunehmen, daß wie alljährlich so auch zu diesem Feste wieder viele Tausende nach Friedrichshagen gehen werden, um den prächtigen Freiheitssiedlern zu lauschen. Die Maßstabsfänge, welche zum Vortrag gelangen sollen, werden schon seit Monaten von den Sängern einstudiert, um sie wirkungsvoll vorzutragen. Vom Vorstande sind die Arrangements dementsprechend getroffen, daß selbst bei starkem Andrang den Teilnehmern ein genügender Sonntag sicher ist. Der angrenzende Wald, welcher zu diesem Tage gepachtet ist, bietet dem Publikum mit seinem hundertjährigen Kiefernbestand einen Aufenthalt, wie er zu einem Sängerfest nicht schöner sein kann. Die Beförderung nach dort wird eine geregelte und schnelle sein. Der Vorstand ist bei der Eisenbahn wegen Einstellens von Extrazügen vorstellig geworden, welche auch bereitwillig zugesagt sind. Desgleichen hat sich die Dampfereigesellschaft „Stern“ verpflichtet, je halbstündlich von früh 6 1/2 Uhr bis 12 Uhr mittags die Teilnehmer zu befördern. Von den Köpfern der Gesangsvereine ist ein Festzug mittags um 1 Uhr von Köpenick nach dem Festplatz arrangiert, desgleichen findet um 3 1/2 Uhr ein solcher innerhalb der Festloale statt, an welchem sich wohl an 200 Vereine beteiligen werden. Die Vereine, welche sich an dem Festzuge in Köpenick beteiligen wollen, müssen pünktlich im Wilhelmspark sein, da der Festzug präzise 1 Uhr seinen Anfang nimmt.

Am Tage des Festes wird der Arbeiter-Schwimmerbund eine Rettungsstation errichten, um eventuell bei Unfällen auf dem Wasser schnell zur Stelle zu sein; ebenso wird die Arbeiter-Samariterkolonne, welche sich stets bei großen Volksfesten segensreich erwiesen hat, zur Hand sein. Es ist in jeder Weise Vorkehrung getroffen, Ordnung und Sicherheit bei dem großen Andrang ausreicht zu erhalten, vor allem aber wird das Sängerfest seinen Teilnehmern eine abwechslungsreiche und angenehme Unterhaltung bieten. Alles Nähere siehe heutiges Inserat.

Ein erster deutscher Abstinenztag wird in Kessels Festsälen, Köpenickerstr. 29, am 8., 9. und 10. August in Berlin abgehalten. Es beteiligen sich daran 14 Abstinenzvereinigungen. Mit dem Tag verbunden wird ein Großfliegenfest der Gutmotter Deutschlands.

Die Hilfe der Feuerwehr wurde, ohne daß eine Feuergefahr vorlag, im letzten Etatsjahr in 548 Fällen in Anspruch genommen. Diese mehrten sich wie die Brände von Jahr zu Jahr. In 9 Fällen handelte es sich um die Rettung von Menschenleben. Am 14. April vorigen Jahres wurden allein in 5 Fällen: ein alter Mann in der Magdalenstraße 5, eine Wöchnerin mit ihrem Säugling in der Reuen Königsstr. 35, eine kranke Frau in der Rödernstr. 71 und eine Frau mit drei Kindern in der Jupalidenstr. 121 aus der Gefahr des Ertrinkens gerettet. Gleichzeitig wurde vor dem Hause Elasterstr. 1 ein Monteur der Straßenbahn auf einem Montagewagen vom Strome getroffen und betäubt. Der Verunglückte wurde von der Feuerwehr herabgelassen. Diese und ähnliche Fälle, besonders durch Überfahren von Personen durch Straßenbahnwagen verursachte, oder durch Fahrschulungfälle veranlaßt, kommen häufiger vor. Zahlreich sind auch jene Fälle, in denen die Hilfe der Feuerwehr bei Wasserrohrbrüchen (252) nachgeholt worden ist. In rund 100 Fällen wurden Samariterdienste geleistet. Diese Hilfe wird ebenfalls vollständig unentgeltlich geleistet und nicht etwa nur auf Brandstellen, sondern auch auf sämtlichen Wachen, wo stets im Samariterdienst ausgebildete Mannschaften anwesend sind, und auch auf besonderen Anruf an den Unfallstätten. Insgesamt wurden 492 Personen behandelt, darunter 301 Angehörige der Feuerwehr, die Verletzungen in Dienst erlitten hatten. Man sieht hieraus, daß dieser Samariterdienst von zunehmender Bedeutung ist. Außerdem wurden in 97 Fällen Tiere aus Notlagen befreit, in 13 Fällen die Gefahren beseitigt, die durch Ausströmen von Gas entstanden waren.

Aus den Nachbarorten.

Nieder-Schöneweide. Am Sonnabend, den 8. August cr., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von J. Franz eine ordnungsmäßige Vereinsversammlung des Wahlvereins statt. Gäste haben Zutritt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beleidigung der Berliner Ärzte hatte sich gestern der 78-jährige bekannte „Heilfundi“ Carl Jacobi vor der vierten Penitenzkammer des Landgerichts I zu verantworten. Im März dieses Jahres ließ der Angeklagte durch mehrere hiesige Zeitungen Anzeigen veröffentlichen, worin er behauptete, daß nicht die 600 in Berlin wohnenden Heilfundiigen Kurpfuscher seien, sondern die 2000 in Berlin praktizierenden Ärzte seien Kurpfuscher. In diesem Sinne hätten sich auch Professor Virchow und andre medizinische Autoritäten geäußert. An diese Behauptung knüpfen sich dann die üblichen Beschuldigungen von den angeblichen Wunderkuren Jacobis. Der Berliner Ärzteverein stellte wegen des Vorwurfs der Kurpfuscheri Strafantrag wegen Beleidigung. Der Angeklagte erklärte im Termin, daß er sich lediglich im Zustande der Abwehr und in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe. In einem Bericht an die Regierung habe der betreffende Referent behauptet, daß es 600 Kurpfuscher in Berlin gäbe. Damit seien die Ausbilder der Heilfundi, die nicht studiert hätten, gemeint. Der Ausdruck „Kurpfuscher“ sei, wie das Reichsgericht wiederholt anerkannt habe, eine schäner Beleidigung und ihm müsse das Recht zustehen, denselben Ausdruck mit Bezug auf seine studierten Gegner zu gebrauchen, zumal er doch nur das Echo medizinischer Autoritäten gewesen sei. Der Gerichtshof wollte dem Angeklagten ein solches Recht nicht zugestehen, sondern verurteilte ihn wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe. Das Urteil soll in denjenigen Zeitungen auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht werden, in denen die beanstandete Annonce veröffentlicht worden ist.

Wegen die nichtapprobierten Heilfundiigen richteten sich Polizeiverordnungen, die in letzter Zeit in verschiedenen Regierungsbezirken erlassen worden sind und besonders die Anklagen gegen jene Heilfundiigen in Zeitungen aufs Korn nehmen. Eine derartige Verordnung der Regierung zu Schleswig bietet ihnen unter andern, in Annoncen dem Publikum Erfolge zu versprechen. Das Kammergericht als Revisionsinstanz erklärte diese Vorchrift für rechtsgültig. Sie widerspricht nicht der Gewerbe-Ordnung und finde ihre Stütze in § 6 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften auch der Schutz von Leben und Gesundheit des Publikums gehöre. Die Forderung mancher Kranke werde dadurch verhindert, daß sie es infolge der Verpöndungen der Kurpfuscher unterließen, sich rechtzeitig in die sachgemäße Behandlung eines Arztes zu begeben. — Wenn nun der Angeklagte Jesben sich zur Behandlung einer Anzahl Krankenstellen empfahle und sage: „bei belaudem Erfolge“, so spiegele er einen Erfolg vor, verspreche einen solchen, denn er sage damit: „Ja bin erfolgreich und das ist belaut.“ Er sei demnach strafbar.

Disciplinärlich bestrafte Ahtungsverletzung. Der Gemeinde-Einnehmer Kroll zu Weiskopf hatte wegen unpassenden Benehmens eine Disciplinarstrafe erhalten und seine Verhältnisse hiergegen vor dem Regierungspräsidenten zurückgewiesen worden. Auf die Rückseite der ihm zugewandenen Weiskopf des Bescheidbescheides legte nun der Bürgermeister Zimmermann die Verfügung, die jetzt rechtskräftig gewordene Strafe sei an die Kasse abzuführen. Kroll, welcher Verwalter der Kassenkasse ist, schrieb daneben: Die Strafe solle rechtskräftig sein? Wo siehe das geschrieben. Bitte die Paragraphen (folgt Angabe von Gesetzesstellen) zu lesen. Jetzt

erfolge erst die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht, der Prozeß werde es lehren. — Sachlich hatte K. recht, der Herr Bürgermeister fühlte sich aber doch tief gekränkt durch diese Korrektur und rief die Hilfe des Regierungspräsidenten gegen den unbotmäßigen Beamten an. Der Regierungspräsident setzte darauf eine Ordnungsstrafe von 30 M. fest und führte aus, es liege hier eine grobe Ahtungsverletzung gegenüber dem Bürgermeister vor, wodurch sich Kroll gegen die ihm als Beamten auferlegten Pflichten vergangen habe. — Kroll beschwerte sich beim Oberpräsidenten, hatte damit aber keinen Erfolg, und klagte dann beim Ober-Verwaltungsgericht, indem er geltend machte: Er habe durch den Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen den Bürgermeister durchaus nicht verletzt, sondern nur seine berechtigten Interessen wahrnehmen wollen. Er hätte damals noch fünf Tage Zeit zur Erhebung der Klage beim Ober-Verwaltungsgericht gehabt. Das Ober-Verwaltungsgericht wies indessen die Klage ab; K. sei mit Recht disciplinärlich bestraft worden.

Verfammlungen.

Die Sektion der Puzer des Centralverbandes der Maurer hielt am Mittwoch eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem Entwurf der Puzergewerke auf den ihnen, entsprechend einem Beschluß der Mitgliederversammlung vom 8. Juli, eingereichten Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages und Einleitung von Verhandlungen über Abschluß eines Tarifvertrages für das Puzergewerbe. Der Vorsitzende H. Reumann verlas die vom 29. Juli datierende Antwort des Verbandes der Baugeschäfte. Darin erklären die Unternehmer: sie ständen den Tarifverträgen sympathisch gegenüber, könnten sich jedoch jetzt, mitten in der Bauzeit, nicht auf Verhandlungen einlassen; die Annahme des Antrages bezüglich des achtstündigen Arbeitstages sei von vornherein ausgeschlossen. Im übrigen wäre dem Antragsteller wohl bekannt, daß ein bis zum 1. April 1905 geltender Tarifvertrag mit der „Freien Vereinigung der Puzer Berlins“ abgeschlossen worden sei. Wer von den Puzern die darin festgelegten Bedingungen anerkenne, der könne in Berlin und den Vororten Arbeit finden. — Die Verlesung dieses Schreibens rief in der Versammlung allgemeine Entrüstung hervor. Es wurde geradezu als eine Verhöhnung der allein maßgebenden Organisation der Puzer empfunden, daß man einen Vertrag anerkannt wissen will, der mit einem Vereinigen von kaum 100 Leuten abgeschlossen wurde, die für das Puzergewerbe gar nicht in Betracht kommen. Uebrigens konnte der Vorsitzende Reumann konstatieren, daß die organisierten Arbeitgeber sich selbst nicht an jenen Vertrag halten und in dem gedruckten Arbeitsvertragsformular die verschärferten Bestimmungen streichen und die besseren geltenden hineinschreiben, z. B. die 8 1/2 stündige Arbeitszeit an die Stelle der vorgedruckten 9 stündigen setzen. — Sowohl vom Referenten als auch von den Diskussionsrednern wurde übereinstimmend die Meinung geäußert, daß man das Schreiben der Unternehmer seiner Antwort würdigen könne, die einzig richtige Antwort aber zu einer gelegenen Zeit gegeben werden müsse. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem ablehnenden Bescheid des Verbandes der Baugeschäfte bezüglich des Antrags auf Abschluß eines einheitlichen Lohn- und Arbeitsvertrages und spricht die Heberzeugung aus, daß es dem Arbeitgeberverband und hauptsächlich seiner Leitung nicht ernst ist, mit der maßgebenden Organisation der Puzer einen Tarifvertrag abzuschließen. Was die Erwähnung eines bereits abgeschlossenen Vertrages betrifft, so können und werden die über 2000 im Centralverband der Maurer organisierten Puzer diesen Vertrag niemals anerkennen, weil er einzig und allein nach dem Willen und den Direktiven der Arbeitgeber formuliert ist. Die Versammlung beauftragt die örtliche Verwaltung, gelegentlich weitere Maßnahmen in dieser Sache zu treffen.“

Unter Verhandlungsangelegenheiten nahm die Versammlung einen Antrag an, wonach der Obmannsitzung das Recht erteilt wird, in Ausnahmefällen bis zu 200 Mark zu bewilligen, was namentlich bei Unterhaltungen von Streiks in Betracht kommt.

Die Hausdiener-, Pader- und Geschäftskutscher-Vereinigung hielt am 29. Juli ihre Generalversammlung ab, in der Genosse Wille einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Waffen im Kampfe des Daseins“ hielt. Der von dem Kassierer Reichle gegebene Kassenbericht wies bei einer Einnahme von 771,51 M., einer Ausgabe von 301,90 M. einen Bestand von 379,61 M. auf. In der Ertragswahl zum Vorstand wurde Reimann zum ersten Schriftführer, sechs weitere Kollegen zu Beisitzern ernannt. Ein von dem Vorstande gegebener Bericht, der eine längere und heftige Diskussion zeitigte, wurde einem Ausschuss zur näheren Prüfung überwiesen und die Generalversammlung wegen vorgerückter Stunde vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Buzian. Sie müssen Ihnen empfehlen, den ganzen Artikel zu lesen (Augustheft), die Citate geben kein richtiges Bild.

G. L. 20. Kann nur argüßig angegeben werden. — K. S. 100. Rein.

M. 70. Abschluß 2. Band, II Teil, Seite 172, letzte Spalte. — G. M. Königsbergerstraße. — 1000 000 000. Ja, es geht dem nicht im Wege. — G. B. 12. 1. Bei einem wichtigen Arzt. 2. Wird im juristischen Teil beantwortet werden. — „Vollschule“: Humboldt-Akademie des wissenschaftlichen Centralvereins. Berichte bei Seminar Söhne, Brinzenstr. 54.

H. 18. Eine sogenannte Besse könnten wir für Sie nicht empfehlen. Es ist dazu zu spät. Andre Schulen zur Erreichung Ihres Zieles giebt es leider nicht.

Marktpreise von Berlin am 5. August 1903

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums							
Beizen, gut	D.-Gr.	—	—	Rartoffeln, neue D.-Gr.	8,00	5,00	
• mittel	•	•	•	Wintersch, Reule 1 kg	1,80	1,90	
• gering	•	•	•	• do. Band	1,40	1,00	
Roggen, gut	•	•	•	Erdäpfelstark	1,60	1,30	
• mittel	•	•	•	Rabfleisch	1,80	1,20	
• gering	•	•	•	Dammfleisch	1,80	1,20	
*Grise, gut	•	14,20	13,60	Butter	•	2,40	2,00
• mittel	•	13,50	12,90	Eier	60 Stück	4,00	2,40
• gering	•	12,80	12,30	Kartoffeln	1 kg	2,40	2,00
**Sofer, gut	•	16,50	15,30	Hale	•	2,80	1,40
• mittel	•	16,20	14,10	Jamber	•	3,00	1,20
• gering	•	14,00	12,80	Dehte	•	2,40	1,30
Richtstroh	•	4,00	3,80	Barische	•	1,80	80
Heu	•	6,50	4,80	Schleie	•	2,60	1,20
Erbsen	•	40,00	25,00	Fische	•	1,40	70
Speltzbohnen	•	50,00	35,00	Krebse	per Schod	18,00	8,00
Linfen	•	60,00	30,00				

* Kamm und Geruch. ** frei Bogen und ab Dahn.

Witterungsübersicht vom 6. August 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Temperat. in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Temperat. in C.		
Swinemünde	757	W	5	Regen	13	Saparanda	751	D	2	bedeckt	16
Hamburg	761	W	4	wolfig	13	Petersburg	751	SE	3	bedeckt	14
Berlin	761	W	3	wolfig	15	Gort	769	SE	3	bedeckt	14
Frankfurt a. M.	767	SE	2	bed. ab	15	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	769	SE	2	bedeckt	15	Paris	770	SE	1	wolklos	16
Wien	765	W	3	wolfig	17						

Weiter Prognose für Freitag, den 7. August 1903. Zunächst noch ziemlich kühl und windig, nachher auflauern und wärmer; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 7. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Der Kellermeister.
Weiden. Altheidelberg.
Leffing. Der blinde Passagier.
Deutsches. Norma Parma.
Anfang 8 Uhr:
Siederpielhaus (Kroß). Sitten nach dem Halle.
Berliner. Der Postillon von Lonjumeau.
Kleines. Nachtschl.
Thalia. Das Alter.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Carl Weisk. Der Gestirnt einer Frau.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Reichshallen. Stettiner Säng.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Kranz. Tanzenstraße 48/49.
Vor der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidentrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Am herrlichen Sommergarten:
Anf. Sonntag 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr:
Grosses Konzert.
Anf. der Spezialitäten-Vorst. 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung im Theater.
Ad-Ad lebt und schneht, erregt das größte Erschauern.
Das neue August-Programm.
Entree 50 Pf. Entree 50 Pf.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 208. Male:

Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballets. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Täglich: **Die Liebes-Insel**
mit dem sensationellen Briefmarken-Ballett.
Ein ungerechtes Weib.
Wimodrama in 3 Akten, gespielt von Merlans dreifachen Tanden.
The Avolos - Brothers Kautmann.
Meisters Kosmograph.
Neue Bilder-Serie.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute zum letztenmal:
Die Eine weint, die Andre lacht.
Anfang 6 Uhr.
Kassiererei von 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Prater-Theater
Katharinen-Allee 7/9. Direkt.: M. Kalbo.
Freitag, den 7. August:
Bewert für den artistischen Leiter
Arthur Seelen.
Zur Aufführung gelangt:
Alt-Heidelberg in Feine.
Siederpiel in 3 Akten von O. Richter.

Diez' Specialitäten-Theater
Landesberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das vollständigste Konkurrenzlose
Riesen-August-Programm!
H. Stahnke. Mat. Osamando und
Miss Anni. The Deisons.
Loro-Quartett. Gebr. Bellong.
Fritz Brand. Duxes Bioscop usw.
Sonnab., Sonntag, Montag: Tanz.
Anf. Sonntag 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Reichshallen
Täglich:
Stettiner Säng.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidentrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen-
gewachsenen Schwestern!
20 Jahre alt, spielen Violine!

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die Tritons,
die besten Taucher der Welt,
5 Minuten unter Wasser ohne zu atmen.
Tilly Verdier, Soubrette.
Kapitän Martens, Kunstschtütze.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den siebenten Monat den Kopf über **AGA!**
14 neue erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär.
Vorstellungen: Wochentags 6-7 Uhr, Sonnt. 4-5, 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Quantfurter Straße 132
Abends 8 Uhr:
Der Fehltritt einer Frau.
Morgen: Der Fehltritt einer Frau.
Sonntagnachmittag:
Das Geheimnis des roten Hauses.
Im Garten: Neue Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr.

Fröhels Allerteil-Theater
fr. Puhmanns, Schön. Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Heute sowie täglich:
Grosse Galavorstellung
des gesamten, neu engagierten
vierteljährig. August-Spielplans.
Neu! Das Bild des Vaters
Original-Vollständig v. Anton Anno.
Dazu: Hedwig Döring.
Alexander Carret. Hugo Schulz.
Afrados-Trio. Tom Boll.
Duskomatograph usw.
Im Saal: **Grosser Ball.**
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater.
Gesundbrunnen, Bahnhofsstr. 58.
Freitag, den 7. August:
Friede auf Erden.
Delikat, einbeinig, Dandebabat.
Karl Groth, Grotoskomiker.
The 3 Amaranths, akrob. Tänzerinnen.
Gauert mit seinen dreifachen Tanden.
Rivas und Dixas, Antipodenpaar auf
lebendem Biedelst.
Mary Ellys, moderne Tyrolienne.
Richard Wagner, Senecetänzer.
Ballett-Gesellschaft „Sallarella“.
Mario Förster, Solotänzerin.
Anfang 4 Uhr. Sonnab.: Dief. Saal.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Königsstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Lag. Im herrl. Garten: Tägl. **Grossart. Programm.**
Tom Bryasty, Goera-Sano, Amy Raaly, Eduard Rootz, Henriette Donoux, Bonnet-Trio, H. Schamp. **Wittu.** Sonnab., Sonntag: Tanz.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Central-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Freitag, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Ankerordentliche Mitglieder-Versammlung
der Rabitzputzer, Cementierer und Spanner.
Tages-Ordnung:
1. Wie gedenken wir unsere Organisation weiter auszubauen? 2. Wahl des Vorstandes.
Mitgliedsbuch legitimiert - ohne dasselbe kein Eintritt. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Der Zweigvereins-Vorstand, J. W. a. 24: 143/11*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitagabend, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung! Einsetzer. Achtung!
Sonntag, den 9. August, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die **Bezirks-Sitzungen** statt. Die Kollegen, welche der Organisation noch fernstehen, werden ersucht, sich dort ausnehmen zu lassen. - Die Wünsche zu den 50jährigen Gefellen-Jubiläum des Kollegen Hoffmann werden dort ausgegeben.
Montagabend: **Kommissions-Sitzung.**
85/14 Der Obmann.

Bauarbeiter Berlins und Umgegend.
Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin und Umgegend.)
Sonntag, den 9. August 1903, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung.
in den Industrie-Gebäuden, Reuthstr. 19/20.
Tagesordnung:
1. Kassendbericht vom ersten Halbjahr 1903. 2. Das Ergebnis der Baukontrolle. 3. Wahl einer fünfjährigen Beschwerdekommision. 4. Wahl dreier Revisoren. 5. Wahl von vier Kollegen in die Ortsleitung. 6. Verhandlungs-Angelegenheiten.
Der wichtigen Tagesordnung wegen, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.
99/17

Verband der Bauanschläger Deutschlands.
Ortsgruppe Berlin.
Sonntag, den 9. August, vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstr. 20, bei Koch: 35/17
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Organisationsfrage. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 9. August 1903, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
aller in den gesamten Siemens-Schuckert-Werken (Siemens u. Halske) beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter
in der „Neuen Welt“, Hasenheide Nr. 108-114, im Riesenaal.
Tages-Ordnung:
1. Der Arbeiter-Ausschuss bei der Weltfirma Siemens-Schuckert-Werke (Siemens u. Halske), bei der Firma Zeiss in Jena und wie denken wir uns einen Arbeiter-Ausschuss. Referent: Karl Wieselthal. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Kommission zum Verhandeln mit der Generaldirektion.
Als Antwort auf den Artikel des verstorbenen Generaldirektors Dr. Wödlner in der „Morgenpost“, sowie die Ereignisse bei dem letzten Streik im Koblenzwerk wollen wir der Öffentlichkeit sagen, wie ein wahrer Arbeiter-Ausschuss aussehen muß. Die gesamte Leitung der Siemens-Schuckert-Werke (Siemens u. Halske), speziell die Centralleitung (Köstanischer Platz) ist hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Die Berichterstatter der gesamten Berliner Presse haben Zutritt zu dieser Versammlung.
Sonnabend, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr: 120/1
Konferenz der Vertrauensleute des Nordens
bei Dieck, Adersstr. Nr. 123.
Sonnabend, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr: 120/1
Konferenz der Vertrauensleute in Moabit
bei Fischer, Waldstr. Nr. 8.
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, den 9. August, nachmittags 3 Uhr, im Berliner Theater:
Das Nachtlager von Granada.
Oper von Konradin Kroutzor.
Sparten für Mitglieder und Gäste a 1 M. sind in allen Jahrestellen beim Kassierer zu haben. 150/17
Der Vorstand, J. W. a. H. Noth, Kassierer, Seleranenstr. 6.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Milbits.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regeldamen, Büfelfuben, Konbitorer, Blumenkand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Reisenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosser BALL. Mummiation der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.**
Jeden Donnerstag: Grosses Monstre-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert. Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeeküche. - Volksbelustigungen aller Art.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter.
(E. G. R. v. Hamburg.)
Cerkliche Verwaltung Berlin F.
Montag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Wornau, Schwedterstr. 23 u. 24:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1903. 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Würzburg. 3. Beschluß.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Schweizer-Garten
am Königsplatz, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung.**
Ball u. Volksbelustigungen.
Abends 10 Uhr:
Berliner Sportmadel.
Poffe mit Gelang in zwei Bildern von Getide.
Bioscop.
Lebende Bilder. Keine Aufnahme.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Neue Welt.
Hasenheide 108/114. H. Scholz.
Freitag, den 7. August 1903:
2. Grosses Massen-Konzert
Schlachten-Musik.
Anfang 5 Uhr. Entree 1 Pf.
Billets im Vorverkauf a 75 Pf.
Bei einigemaligen günstigen Wetter findet das Konzert bestimmt statt. 23736

Sanssouci.
Täglich im Garten:
**Hoffmanns Norddeutsche Säng.
und Konzert.**
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzen.**
Für die Winterzeit sind noch einige **Sonnabende** frei zu bestelllen.

Täglich 20 Mark u. mehr
kann man verdienen durch hochlohn. Fabrikation täglicher Massenartikel. Katalog gratis. Hehr. Weinen, Broich bei Mühlheim-Ruhr. 140/13

Special-Hut-Engroslager.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königsstr. 48, 1. Treppe, 22768*
drittes Haus vom Alexander-Platz.
Grösste Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren,
neue Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.-, hochfeine Qualität M. 2.50, feine M. 3.-, beste Qualität M. 4.50.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmtesten Orchesters des Signor Vincenzo Ferraro.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Dampfer
für Vereine und Gesellschaften zu soliden Preisen. 2162*
Karl Krause,
Alexanderstr. 13.
Fernsprecher: Amt VII, 1669.
Roh-Tabak 19032*
Max Jacoby, Streiberstr. 52.

Socialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **August Becker** verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Rixdorfer Weg, aus statt.
232/20 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Rixdorf.)
Nachruf!
Am 3. August starb unser Kollege **August Becker.**
Ehre (einem Kinde!)
Die Beerdigung findet am Freitag, 7. August, nachm. 5 Uhr, vom Rixdorfer Kirchhof, Rixdorfer Weg, aus statt.
Kege Beteiligung wünscht
85/5 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser guter Vater und Schwager, der Arbeiter **Friedrich Rogatt** nach langen schweren Leiden am 4. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 22802
Julius Rogatt und Frau.
Berlin, Gewerkschaftshaus.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kränkchen bei der Beerdigung meines lieben Vaters, meines guten Vaters, sagen wir allen Bekannten, insbesondere dem Centralverein der Maurer Deutschlands unseren tiefgefühlten Dank. 22812
Witwe Meinort nebst Kindern.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits-Stränge, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrienstrasse 1a.
Kranz- u. Blumenbinderei, Arrangements zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art u. preiswert.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenkpflege.
Eigne Werkstatt.
Lieferant f. Ortho- u. Hilfs-Veranstaltungen.
Berlin O., 20662*
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm und weich am Körper.

Cylinderhüte und Chapeau claque
in großer Auswahl.

Meierei Schweizerhof
N.W. Emdenerstr. 40/41
Breite frei Küche in Berlin u. Sorosten: **Vollmilch** in plomb. Fl. 20 Pf. bei 3 Liter 18
Kindermilch 35
beide 50
Professor Gaertners
trinkfertige Säuglingsmilch
Nr. 1 bis zum 4. Monat 1 Fl. 15.
Nr. 2 vom 4. bis 10. 1 30.
Feinste Tafelbutter
1 Pfund 1.10-1.00. (15/9)
Beste Buttermilch, Ziegen.

